Auraser Stadtblatt.

Behördliches Organ für die Stadt und den Amtsbezirk Auras.

Erscheint jeden Sonnabend.

Anzeigen und örtliche Berichte für das „Auraser Stadtblatt" werden bis Donnerstag mittag jeder Woche an die Buchdruckerei von Marekke & Märtin in Trebnitz in Schlesien erbeten.

Bezugspreis: Bei Abholung von der Post 3,15 M., durch den Austräger die Nummer 30 Pf.

Anzeigenpreis: Bei einmaliger Aufnahme die kleine Zeile 50 Pf., bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 51. **Sonnabend, den 18. Dezember** **1920.**

Tag.	Datum.	S.-A.	S.-U.	Mond-Aufgang.	Mond-Untergang.
Sonntag	19. Dezember	8. 2	3.52	nachm. 12. 9	vorm. 12.22
Montag	20 „	8. 2	3.53	„ 12.35	„ 1.32
Dienstag	21. „	8. 3	3.53	„ 1. 6	„ 2.44
Mittwoch	22 „	8. 4	3.53	„ 1.43	„ 3.58
Donnerstag	23 „	8. 4	3.54	„ 2.28	„ 5.11
Freitag	24. „	8. 4	3.54	„ 3.23	„ 6.21
Sonnabend (W)	25. „	8. 5	3.55	„ 4.30	„ 7.24

Der Glocke gleiche! Sei kühles Erz,
Im Kern das weiche, mit tönende Herz!
Von freier Hochwart schau auf das Leben,
Doch lasse die Brust dir innig durchbeben
Der Bilder Freude, der Menschheit Schmerz.

Marktkalender (K=Kram-, P=Pferde-, V=Viehmarkt).

21. Dez. Halbau (K.), Naumburg a. B. (K.), Wittichenau (KRindvP-Schw.). **22.** Kieferstädtel (RindvP.). **23.** Schmiedeberg (2 K.). **24.** Schmiedeberg (RindvPSchw.).

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Gegen die Vergewaltigung von Eupen—Malmedy hat die Reichsregierung erneut Protest beim Völkerbund eingelegt.

* Die Ententekommission in Berlin hat die Note der Reichsregierung betreffend die Einwohnerwehren ablehnend beantwortet.

* **In Sachen der Einwohnerwehren und Selbstschutzorganisationen hat die Reichsregierung eine neue Note an die Entente gerichtet.**

* **Der Reichsrat ist einverstanden mit der Bewilligung eines Ehrengeschenks von 150 Mark an hilfsbedürftige Teilnehmer der Feldzüge von 1864. 1866 und 1870/71.**

* Die Ententekommission in Oppeln hat den deutschen Antrag auf Ausweisung Korfantys aus Oberschlesien abgelehnt.

* Im Hauptausschuß der Landesversammlung haben die Mehrheitssozialisten die weitere Mitarbeit wegen einer Meinungsverschiedenheit mit den bürgerlichen Parteien eingestellt.

* Die Mehrheit der ungarischen Nationalversammlung beabsichtigt, den Erzherzog Josef zum König zu wählen.

* **Zum österreichischen Bundespräsidenten wurde der Volkswirt Dr. Hainisch gewählt.**

* In Prag fand ein regelrechter Barrikadenkampf zwischen Kommunisten und Rechtssozialisten statt.

* **Auf den rumänischen Senat wurde ein folgenschweres Bombenattentat verübt.**

* **Die Rheinlandkommission hat solche Zeitungsartikel verboten, die sich mit dem deutschen Kinderelend befassen.**

* **Ausländische Blätter veröffentlichen Auszüge aus dem dritten Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen".**

* **Der Papst hat für Oberschlesien bis zur Abstimmung einen besonderen Nunzius bestellt.**

* Die sächsische Volkskammer wählte den Mehrheitssozialisten Buck zum Ministerpräsidenten.

* Aus verschiedenen Städten Böhmens werden kommunistische Unruhen gemeldet.

* Die holländische Regierung hat die diplomatischen Beziehungen zu Serbien abgebrochen.

* König Konstantin hat Luzern verlassen und ist zur Thronübernahme nach Athen abgereist.

* **Kronprinz Georg von Griechenland hat Paris verlassen, um auf Wunsch seines Vaters Konstantin von Venedig aus mit dem Panzerkreuzer „Georgios Awerow" nach dem Piräus zu fahren.**

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Die Entente gegen die Einwohnerwehren.** Beim Auswärtigen Amt in Berlin ist bereits die Antwort der Interalliierten Kontrollkommission auf die am 9. Dezember abends übergebene deutsche Note über die Einwohnerwehren eingetroffen. Die Kontrollkommission erkennt die Gründe für eine besondere Behandlung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen nicht an, wiederholt die grundsätzliche Forderung sofortiger Auflösung und Entwaffnung aller Selbstschutzorganisationen und verlangt unverzügliche Mitteilung darüber, welche Maßnahmen die deutsche Regierung hierfür zu treffen gedenkt. Die Schnelligkeit, mit der die Antwort erfolgt ist, läßt darauf schließen, daß die Kontrollkommission auf Grund älterer Instruktionen gehandelt hat. Die deutsche Note kann in den fremden Hauptstädten noch nicht vorgelegen haben. Bei der vitalen Bedeutung der Frage für Deutschland wird es aber unvermeidlich sein, daß sich die alliierten Regierungen selbst auf Grund der in der deutschen Note vorgebrachten Argumente damit befassen, wobei zu hoffen ist, daß sie den augenblicklich bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen werden. Die deutsche Regierung wird durch ihre Botschafter entsprechende Schritte unternehmen lassen.

✚ **Zur Abstimmung in Oberschlesien** behaupten die französischen und amerikanischen Blätter, daß der Gedanke, die Abstimmung der Oberschlesier in Köln vornehmen, als aufgegeben betrachtet werden müsse, und daß sie fünfzehn Tage später als die in Oberschlesien Ansässigen dort abstimmen würden.

✚ **Amerika und die Rheinlandreisen der Minister. Wie in Berlin halbamtlich erklärt wird, hat die amerikanische Regierung sich an dem Schritt der drei Besatzungsmächte wegen der Rheinlandreisen der Minister offiziell nicht beteiligt. Eine solche Beteiligung war schon aus dem Grunde nicht möglich, weil die Vereinigten Staaten amtlich in Berlin nicht vertreten sind. Es hat nur eine inoffizielle Demarche stattgefunden.**

✚ **Republik oder Monarchie.** In einer Vertreterversammlung der Demokratischen Partei Münchens wurde der von Frankfurt a. M. ausgehende Antrag, die Demokratische Partei solle sich zur republikanischen Staatsform bekennen, allgemein abgelehnt, weil die Frage „Republik oder Monarchie" keine Partei-, sondern eine Ermessensfrage sei.

✚ **England und der neue deutsche Kreuzer.** Wie im englischen Unterhause mitgeteilt wurde, ist der englische Botschafter in Berlin beauftragt worden, sofort eine Untersuchung in der Angelegenheit des vom Hauptausschuß des Deutschen Reichstages bewilligten Baues eines leichten Kreuzers anzustellen. Der Friedensvertrag erlaube Deutschland nur leichte Kreuzer, die 5000 Tonnen nicht überschreiten, zu erbauen. Die Wiedergutmachungskommission, deren Aufmerksamkeit auf diese Angelegenheit gelenkt worden sei, werde sich mit der Frage befassen.

✚ **Päpstliche Sondervertretung in Oberschlesien.** Infolge der Bewegung, die unter der polnischen Geistlichkeit im Zusammenhang mit der Kundgebung des Fürstbischofs Bertram an die Geistlichkeit entstanden ist, hat sich der Vatikan entschlossen, nach Oberschlesien den Wiener Geschäftsträger des Heiligen Stuhls, Monsignore Ogno, zu entsenden. Ogno, der zunächst in Rom erwartet wird, wird nach Konferenzen mit dem Papst und dem Kardinalstaatssekretär nach Oberschlesien abreisen und bis zum Abschluß der Volksabstimmung dort verbleiben.

✚ **85 000 Brandbomben über deutsche Städte.** Einer der erfolgreichsten englischen Kriegserfinder, F. Ranken, verteidigt jetzt seine Ansprüche vor der Königlichen Kommission für Verleihung von Belohnungen für Erfindungen in London. Ranken macht besonders Anspruch wegen seiner Erfindung des „Darten-Pfeils" und der „Baby-Brand-Bombe". Der Pfeil wurde aus Flugzeugen auf Zeppeline geschossen, um ihr Inneres in Brand zu setzen. So wurde am 1. 4. 1916 „L. 13" an der Themsemündung durch einen Darten-Pfeil vernichtet. Von den „Babies" konnte ein Handley-Page-Flugzeug 4000 aufnehmen. Lord Tiverton, der die Ansprüche Rankens verteidigte, berichtete, es seien in sechs Wochen über 85 000 dieser Bomben über deutschen Industriestädten abgeworfen, und es sei dadurch eine beträchtliche Zahl von Bränden verursacht worden.

✚ **Schon wieder eine Ententenote.** Wie es heißt, steht eine neue Note der Entente an Deutschland unmittelbar bevor. Frankreich und England werden von der deutschen Reichsregierung erschöpfende Rechnungslegung darüber fordern, welche Summen Deutschland seit dem 9. November 1918 sowohl an Exkaiser Wilhelm wie auch an andere Mitglieder der Hohenzollernfamilie gezahlt hat. Die Note soll auch genaue Aufklärung bezüglich des Titels verlangen, unter welchem die Gelder zur Auszahlung gelangt sind.

✚ **Reichsgericht und Kapp-Putsch.** In der Strafsache gegen den Generallandschaftsdirektor Kapp und Genossen wegen gemeinschaftlichen Hochverrats hat das Reichsgericht beschlossen: Das Verfahren gegen die Angeklagten 1. Geh. Regierungsrat Dr. Doyé aus Berlin, 2. Sächsischen Oberfinanzrat Dr. Bang aus Dresden wird gemäß § 1 und 2 des Gesetzes vom 4. August 1920 eingestellt, und die Beschlagnahme des Vermögens des Angeschuldigten Doyé wird aufgehoben, da nach den Ergebnissen der Voruntersuchung bei diesen Angeschuldigten die Voraussetzung der Straffreiheit gegeben erscheint.

✚ **Der 18. Januar als Nationalfeiertag.** Über die Frage, ob der 18. Januar 1921 als Nationalfeiertag begangen werden soll, finden zurzeit zwischen der Reichsregierung und den Landesregierungen Verhandlungen statt. Es kann angenommen werden, daß die Frage in zustimmendem Sinne erledigt werden wird. Jedenfalls wird sich die Reichsregierung für die feierliche Begehung des Tages aussprechen, da keine stichhaltigen Gründe vorliegen, den 50. Geburtstag der Reichsgründung still vorübergehen zu lassen.

✚ **Das Ministerium der Linken in Sachsen.** Die Besprechungen des Ministerpräsidenten Buck mit den unabhängigen Abgeordneten Lipinski, Fleißner und Jäckel, haben zu dem Ergebnis geführt, daß Lipinski das Ministerium des Innern, Fleißner das Kultusministerium und Jäckel das Arbeitsministerium übernimmt, sodaß nunmehr das Kabinett folgendermaßen zusammengesetzt ist: Ministerpräsident: Buck (Soz.), Wirtschaftsministerium: Schwarz (Soz.), Justizministerium: Dr. Harnisch (Soz.), Ministerium des Innern: Lipinski (Unabh.), Kultusministerium: Fleißner (Unabh.), Arbeitsministerium: Jäckel (Unabh.), Finanzministerium: Heldt (Soz.).

Deutsch-Österreich.

× **Sinnlose Zerstörung von Millionenwerten.** Die Wiener Blätter melden, daß im Auftrage der Entente 500 von den auf dem Flugfelde von Wiener Neustadt befindlichen 1000 Motoren zerstört worden seien. Die übrigen 500 sollen gleichfalls noch vernichtet werden. Außerdem seien bis jetzt auf ungefähr 8000 Quadratkilometern Werkstätten zerstört worden. Auf ungefähr 2000 Quadratmetern sollen noch Depots geschleift werden. Die Blätter bezeichnen die Zerstörung des Flugfeldmaterials als sinnlose Vernichtung von Werten. Die Arbeiter besorgen, daß durch die Forderung der Ententekommission Tausende arbeitslos werden könnten.

Ungarn.

× **Thronkandidatur des Erzherzogs Josef.** Die ungarischen Regierungsparteien haben sich in einer namentlichen Abstimmung mit vier Fünftein Mehrheit für die Wiederaufrichtung der Monarchie mit Erzherzog Josef als König ausgesprochen. Die Regierung bereitet eine Note vor, in welcher sie dieses Ergebnis der Abstimmung der Botschafterkonferenz in Paris unterbreiten wird.

Griechenland.

× **Das offizielle Abstimmungsergebnis.** Das offizielle Resultat der Abstimmung in Griechenland wird jetzt erst veröffentlicht. Im ganzen haben an der Abstimmung in Griechenland 1 013 791 Wähler teilgenommen. Davon haben 10 383 gegen König Konstantin gestimmt; weiße Zettel wurden 2253 abgegeben. Bei den Kammerwahlen hatten 352 371 Personen an der Abstimmung teilgenommen.

× **Amtliche Aufforderung an König Konstantin.** Der griechische Ministerrat hat dem König Konstantin das Ergebnis der Volksabstimmung amtlich mitgeteilt und ihn aufgefordert, nach Griechenland zurückzukehren. — Daraufhin überreichte der englische Gesandte in Athen, Lord Granville, der griechischen Regierung eine Note, in der die Rückgängigmachung der letzten von den Alliierten gewährten Anleihe an Griechenland in Höhe von 400 Millionen Drachmen angekündigt wird.

Rumänien.

× **Folgenschweres Bombenattentat im Senat.** In der letzten Sitzung des rumänischen Senats wurde ein Bombenattentat verübt. Durch die Explosion wurden der Bischof Radis und der Minister Greceanu getötet; zwei Bischöfe, zwei Senatoren, ein Minister und ein General wurden schwer verletzt.

Rußland.

× **Attentat auf Trotzki.** Aus Moskau angekommene, durchaus vertrauenswürdige Personen berichten, daß auf Trotzki während einer Rede, die er an eine an die Südfront abgehende Schützenableilung richtete, ein Revolverattentat versucht wurde. Der Attentäter, ein ehemaliger Oberleutnant der zaristischen Armee, namens Rothezy, gab aus kurzer Entfernung auf Trotzki zwei Schüsse ab, die ihn am Halse und in der rechten Hüfte leicht verwundeten. Der Täter wurde von den Umstehenden unschädlich gemacht und zwei Stunden später standrechtlich erschossen.

Schweiz.

× **Japans Stellung zum Völkerbund.** Der Vorsitzende der japanischen Abordnung, Haiashi, äußerte die Meinung, daß die zweite Tagung des Völkerbundes im nächsten Jahre fruchtbarer sein werde als die erste, unter der Voraussetzung, daß besonders Nordamerika und Deutschland dem Bunde beigetreten sind. Er bemerkte sodann, daß die gegenwärtige Versammlung in bezug auf die Abrüstung noch keinen endgültigen Beschluß fassen könne, weil die Großstaaten durch die politische Lage noch gezwungen seien, ihre Rüstungen fortzusetzen, dazu gehört auch Japan. Japan müsse mit der Lage in China rechnen, insbesondere mit der Tatsache, daß in China noch keine Zentralregierung bestehe. Sobald es möglich sei, sich mit China zu verständigen, sei Japan bereit, die besetzten Gebiete in China zu räumen gegen entsprechende Kompensationen.

Frankreich.

× **Bulgariens und Österreichs Entwaffnung.** Der Pariser Botschafterrat beschäftigte sich mit der Frage der Entwaffnung Österreichs und Bulgariens. Es wurde beschlossen, die Entwaffnung Österreichs zu beschleunigen. Die Absicht Bulgariens, Arbeiterbataillone zu schaffen, wird als eine Verletzung des Vertrages von Neuilly angesehen.

Belgien.

× **Revolverschüsse in der Kammer.** In der letzten Sitzung der belgischen Kammer ereignete sich ein größerer Zwischenfall. Ein Individuum, daß sich in den öffentlichen Tribünen befand, gab drei Revolverschüsse auf die Abgeordneten ab. Es wurde zum Glück niemand getroffen. Im Parlament entstand jedoch eine größere Panik. Der Attentäter wurde verhaftet. Es ist ein gewisser Blot, 50 Jahr alt. Er gab an, daß er nicht wisse, aus welchem Grunde er geschossen habe.

Großbritannien.

× **Lloyd George und die Monarchie.** Wie die englischen Blätter berichten, erklärte Lloyd George auf dem Guildhall-Essen zu Ehren des Prinzen von Wales, die republikanische Staatsform möge für einige Nationen gut sein, jedoch nicht für das britische Reich. Kein Präsident hätte für das britische Reich leisten können, was der König für das Reich tat, und kein Sohn eines Präsidenten würde die Stellung haben, die ihn in die Lage setzte, das zu vollbringen, was vom britischen Thronerben zustandegebracht worden sei.

Amerika.

× **Die verdächtigen Japaner.** Das Staatsdepartement hat den amerikanischen Botschafter in Tokio beauftragt, von der japanischen Regierung Erklärungen wegen der Konzentration japanischer Truppen auf der Insel Formosa zu verlangen. In Washington befürchtet man ernstlich, daß diese Truppenanhäufungen auf Formosa einer Bedrohung der amerikanischen Philippinen gelten.

Nah und Fern.

Unterschlagungen eines Ortskrankenkassenvorsitzenden. Wegen umfangreicher Unterschlagungen wurde der Vorsitzende der Ortskrankenkasse des Kreises Ost-Westhavelland in Rathenow in Haft genommen. Die Unredlichkeiten gehen bis in das Jahr 1917 zurück. Ein Bankkonto von 170 000 Mark wurde mit Beschlag belegt. Allem Anschein nach wird auch eine Villa, die sich der ungetreue Beamte in Rathenow hat erbauen lassen, der Beschlagnahme verfallen.

Feste Koburg wieder bewohnt. Im Fürstenbau der Feste Koburg hat jetzt der ehemalige Herzog von Koburg mit seiner Familie endgültig Wohnung bezogen. Damit ist dieser Bau zum erstenmal seit 400 Jahren wieder bewohnt.

Unruhen wegen eines Theaterstückes. In Hannover rief die Aufführung von Heinrich Lautensacks „Pfarrhauskomödie" im Deutschen Theater derartig tumultarische Szenen hervor, daß eine Vorstellung nicht möglich war. Nach polizeilicher Räumung des Theaters bildete sich ein Demonstrationszug, der sich zur Wohnung des Polizeipräsidenten begab und gegen die Weiteraufführung protestierte. Der Polizeipräsident hat die weiteren Aufführungen des Stückes infolge der Unruhen verboten.

Eisenbahnunfall in Wien. Auf dem Aspernbahnhof in Wien fuhr ein Personenzug in eine Gruppe von Fahrgästen hinein, wobei zwei Personen getötet und zehn Personen teils schwer, teils leicht verletzt wurden.

28 Millionen im Kartenspiel gewonnen. Die Wiener Polizei verhaftete den ehemaligen ungarischen Obergespan Julius v. Szemiszoe, der dem Sohne eines Wiener Industriellen 28 Millionen Kronen im Bakkarat abnahm und sich dann einen auf zwei Millionen Dinar lautenden Wechsel und ein Schriftstück ausstellen ließ, in dem der verlorene Betrag als Darlehen bezeichnet war.

Die Hotelbesitzer gegen die Wuchergesetze. Auf dem Verbandstag der deutschen Hotelbesitzervereine wurden in einer einstimmig angenommenen Entschließung Vorstand und Verwaltungsrat des Verbandes beauftragt, auf eine Abänderung des Wuchergesetzes, demzufolge die Gastwirte als Weiterveräußerer, anstatt als Verbraucher angesehen werden, hinzuarbeiten und sich für eine schleunige Abstellung von Mißständen und Härten einzusetzen. Sie wurden ferner ermächtigt, im Notfalle die Schließung der Betriebe herbeizuführen.

Über die nächtliche Schießerei in Swinemünde wird als Ergebnis der bisherigen Untersuchung halbamtlich folgendes mitgeteilt: In der Nacht vom 3. zum 4. Dezember befanden sich mehrere Soldaten der Küstenwehrabteilung auf dem Heimwege, als in ihrer Nähe Schüsse fielen, die, wie nachträglich festzustellen war, von einem Wachtmann ohne besonderen Anlaß abgefeuert worden sind. Die Soldaten nahmen an, einer ihrer Kameraden, den sie vermißten, sei überfallen, eilten ihm zu Hilfe und gerieten, durch die Dunkelheit irregeführt, an einen in Zivil gekleideten Seeoffizier, der durch einen Stich schwer verletzt wurde und in der Notwehr einen der Soldaten mit seiner Schußwaffe lebensgefährlich verwundete. In der letzten Zeit haben mehrere Überfälle halbwüchsiger Burschen auf Militärpersonen stattgefunden. Nur damit ist das bedauerliche Mißverständnis zu erklären.

Explosionen in Bayern. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich in dem Lager Lechfeld bei Augsburg beim Zerlegen von italienischer Beutemunition. Es explodierte eine schwere Granate, durch die drei Arbeiter getötet und drei weitere schwer verletzt wurden. — Zu der Explosionskatastrophe in den Bayerischen Sprengstoffwerken wird nachträglich gemeldet, daß die Zahl der Toten acht und die Zahl der Schwerverletzten vierzehn beträgt. Leicht verletzt wurden ungefähr dreißig Personen. — Eine folgenschwere Explosion ereignete sich auch in der Fabrik Rottach bei Kempten im Allgäu. Plötzlich flog das Polierhaus der Fabrik in die Luft und begrub unter seinen brennenden Trümmern zwei Arbeiter und einen Zimmermann. Man fand später ihre zerfetzten Leichname.

Rettung deutscher Seeleute. Londoner Blätter berichten, daß der Kapitän und die fünf Mann Besatzung des deutschen Schoners „Hugo Peters", der, mit einer Salzladung von Hamburg nach Ipswich unterwegs, während eines Sturmes leck wurde und von der Besatzung verlassen werden mußte, von einem englischen Schiff aufgenommen und in Lowestoft gelandet worden sind.

Ein „historischer" Eisenbahnwagen. Aus Paris wird berichtet: Die Eisenbahngesellschaft hat dem Präsidenten der Republik den Waggon geschenkt, in dem am 11. November 1918 der Waffenstillstand unterzeichnet worden ist. Der Präsident hat beschlossen, den historischen Waggon dem Armeemuseum zu überweisen.

84 Gefangenenlager in Rußland. Die russischen Sowjetzeitungen teilen mit, daß es jetzt in Rußland 84 Gefangenenlager gibt, in denen sich 89 000 frühere Beamte, Offiziere, Polizeibeamte usw. aus der Zarenzeit befinden. Vor einem Jahre gab es 21 Gefangenenlager mit 16 000 Gefangenen.

Vom Spielhöllenfürsten. Wie ein Mailänder Blatt meldet, beabsichtigt der Fürst von Monako, die Spielhölle von Monte Carlo aufzuheben, sobald die wirtschaftliche Sanierung des Fürstentums durchgeführt ist. Es wird eine großzügige Errichtung von Kurhäusern und Badeanlagen geplant; auch trifft man Vorbereitungen, um Monako zu einem internationalen Kur- und Kongreßzentrum auszubauen.

50 000 Mark für den Wiederaufbau des Schlosses Burg. Für den Wiederaufbau des abgebrannten Schlosses Burg an der Wupper hat die Remscheider Stadtverordnetenversammlung 50 000 Mark bewilligt.

Die Verteilung der Nobelpreise wird am 10. Dezember in Stockholm in feierlicher Weise in der Akademie der Wissenschaften stattfinden. Sämtliche Nobelpreisträger werden anwesend sein.

Unfall der Dampffähre Gjedser-Warnemünde. Als die Dampffähre „Mecklenburg" dieser Tage Gjedser verließ, stieß sie mit einem Lübecker Fischerfahrzeug zusammen, das dort vor Anker lag. Die Schrauben der Fähre gerieten in die Ankerlager des Fischerbootes, und so wurde dieses in die Tiefe gezogen. Von den Insassen wurde der eine gerettet, der andere ertrank. Das Fischerfahrzeug unternahm seit einiger Zeit seine Fangreisen von Warnemünde aus. Die Fähre lief halbmast geflaggt in Warnemünde ein.

Bischof Dr. Löbmann gestorben. In Bautzen ist Bischof Dr. Franz Löbmann gestorben. Der Bischof, der im 64. Lebensjahre stand, war zuerst Domschuldirektor in Bautzen, dann Direktor im katholischen Lehrerseminar. Im Frühjahr 1915 wurde er zum apostolischen Vikar ernannt und am 25. März 1915 im Dom zu Breslau zum Bischof geweiht.

Zurückweisung unfrankierter Sendungen durch die Post. Ungenügend oder nicht frankierte Postsendungen werden bis auf weiteres nicht mehr befördert. Die Annahme solcher Sendungen, ganz gleich von wem sie ausgehen, wird in Zukunft verweigert werden. Dies trifft auch auf die Briefe der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden zu, da auch diese nach Abschaffung der Portofreiheit der Behörden stets volle Frankierung tragen sollen.

Neue Ritter des Ordens Pour le mérite. Die Friedensklasse des Ordens Pour le mérite ist trotz der Revolution nicht verschwunden und soll, wie es heißt, auch weiterhin erhalten bleiben. Die Friedensklasse soll nach dem Statut stets dreißig stimmberechtigte Mitglieder umfassen. Da der Tod in diesen Kreisen in den letzten Jahren starke Lücken gerissen hat, sind jetzt neue Wahlen vorgenommen worden. Unter den neuen Mitgliedern sollen sich der Dichter Gerhart Hauptmann und der Maler Max Liebermann befinden.

Explosion in den Höchster Farbwerken. Aus bis jetzt noch nicht aufgeklärten Ursachen erfolgte in einem Spezialbetrieb der Höchster Farbwerke eine folgenschwere Explosion. Fünf Arbeiter fanden sofort den Tod, sechs wurden verletzt. Die Anlagen der von dem Betriebsunfall betroffenen Teile des Werkes erlitten schwere Beschädigungen, doch ist die Gesamtfabrikation dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Ein mehrere Zentner schweres Sprengstück wurde durch die Gewalt der Explosion bis auf das Bahngleise der Staatsbahn geschleudert und beschädigte einen Teil des Güterbahnhofes.

Das Ende des Posener Hindenburgmuseums. Die Sammlungen des Posener Hindenburgmuseums sind zur Errichtung eines polnischen Militärmuseums verwendet worden, dessen Eröffnung in den nächsten Tagen bevorsteht. Um die vollständige Polonisierung des Museums durchzuführen, hat man das polnische Volk aufgefordert, dem Museum militärische Gegenstände aller Art zur Verfügung zu stellen.

Ehrengabe an die Kriegsteilnehmer von 1864, 1866 und 1870. Bei der Regierung besteht die Absicht, den Kriegsteilnehmern von 1864, 1866 und 1870-71 eine Kriegsteilnehmerbeihilfe in Höhe von 150 Mark als Ehrengabe zu bewilligen. Die hierdurch entstehenden Kosten werden auf 21 Millionen Mark geschätzt.

Das gastliche Pommern. Im letzten Jahre wurden 112 218 Großstadtkinder zur Pflege aufs Land gesandt. Unter den gastfreien Familien, die die unterernährten Kinder bei sich aufnahmen, stehen die Pommern an erster Stelle; Ostpreußen, das bis dahin die führende Stelle einnahm, ist an fünfte Stelle gerückt. Gegen 1918 ist in der Aufnahme von Großstadtkindern ein Rückgang von 50 % festzustellen.

Der Schänder des Leipziger Bismarckdenkmals verhaftet. Der Leipziger Polizei ist es gelungen, den Schänder des Bismarckdenkmals in Leipzig, der im Mai dieses Jahres den bronzenen Lorbeerzweig in der Hand des vom Sockel zur Huldigung Bismarcks sich erhebenden Arbeiters ausgebrochen hatte, in der Person des 27 Jahre alten früheren Studenten Döring zu verhaften.

Einen bestialischen Raubmord beging der Schlächtermeister Kähning jun. in Rostock. Er erschlug den Viehhändler und Schlächtermeister Lindner aus Berlin, mit dem er in Geschäftsverbindung stand, im Keller seiner Wohnung mit einem Beil, sägte ihm die Beine ab, verpackte den Leichnam in einen Kofferkorb und warf ihn in die Warnow. Der Mörder wurde verhaftet und gestand die Tat ein. Er will in Geldverlegenheit gewesen sein und den Mord in der Absicht, sich zu bereichern, begangen haben, da er wußte, daß Lindner größere Geldsummen bei sich führte.

Von Räubern überfallen. Die Altenburger Kammersängerin Helene v. Neudegg wurde während eines Waldspazierganges in unmittelbarer Nähe der Stadt Altenburg von zwei Räubern überfallen, die ihr mit einem vorgehaltenen Revolver drohten, sie zu erschießen, wenn sie Hilfe rufen würde. Da die Sängerin keinerlei Schmuck oder Geld bei sich trug, begnügten sich die Räuber mit ihrem kostbaren Pelzmantel.

Georg Kaisers Geisteszustand. Der des Diebstahls beschuldigte Dramatiker Georg Kaiser wird in den nächsten Tagen in die Münchener psychiatrische Klinik eingeliefert und dort vier Wochen lang auf seinen Geisteszustand untersucht werden. Die Voruntersuchung gegen ihn ist noch im Gange. Bis zur gerichtlichen Verhandlung dürften noch einige Monate vergehen.

„Diplomatengepäck". In Riga sind aus Moskau als „Diplomatengepäck" 43 Gemälde von den berühmtesten russischen Meistern eingetroffen; sie werden durch litauische Zwischenhändler zum Verkauf ausgeboten. Die Gemälde sind anscheinend aus einer Privatsammlung in Moskau gestohlen.

Giftgas in der Hosentasche. Die Abteilung für chemische Kriegführung im amerikanischen Kriegsamt hat ein Verfahren gefunden, Giftgas in feste Substanz zu verwandeln. Dadurch ist es möglich geworden, jedem Soldaten zu seiner übrigen Ausrüstung ein Päckchen Giftgas zu geben, das er in der Tasche tragen kann. Die Welt wird schöner mit jedem Tag!

Großfeuer in einem Kupferwerk. In den Kupferwerken in Mügelberg bei Bischofshofen im Salzkammergut brach Großfeuer aus, das die ganzen maschinellen Anlagen der Erzaufbereitung zerstörte. Der Schaden geht in die Millionen. Die Brandursache ist unbekannt.

Vorläufig keine Pakete nach Norwegen. Die norwegische Postverwaltung hat den Postverkehr vorübergehend eingestellt. Postpakete und Postfrachtstücke nach Norwegen können daher von den Postanstalten bis auf weiteres nicht zur Beförderung angenommen werden.

Die Not der deutschen Künstler gab den deutschen Künstlerverbänden Veranlassung zu einer eindrucksvollen Kundgebung, die in Berlin im Plenarsaal des Reichstages stattfand. Die Tagung war beschickt mit führenden Vertretern der Staatsbehörden. Minister des Innern Dr. Koch begrüßte die Versammlung, in der aus der Reihe hervorragender Künstler Baluschek, Liebermann, Klimsch das Wort nahmen, um auf die Notwendigkeit einer staatlichen produktiven Unterstützung hinzuweisen.

Wintersportgeräte in Personenzügen. Der Reichsverkehrsminister hat eine Verfügung erlassen, nach der die Beförderung von Wintersportgeräten als Gepäck- und Expreßgut im kommenden Winter auf den Reichseisenbahnen wieder zugelassen wird. Sie dürfen auch als Handgepäck in die 3. und 4. Klasse der Personenzüge mitgenommen werden. Die Mitnahme in die 1. und 2. Wagenklasse bleibt nach wie vor ausgeschlossen, ebenso wie die Mitnahme in Schnellzügen.

Schiebungen mit Heeresgut. Große Schiebungen wurden in Dresden aufgedeckt. Die Landesstelle Sachsen des Reichsverwertungsamtes hatte große Mengen Heeresgut zu verkaufen. Ein Posten Knöpfe, der zu 17 665 Mark verkauft wurde, kostete schon in zweiter Hand 293 532 Mark, also mehr als das 16fache. Für eine Ladung Pferdegeschirre wurden beim Reichsverwertungslager in Leipzig rund 140 000 Mark bezahlt, der nächste zahlte bereits 275 000 Mark. Eine Dresdener Eisenhandlung kaufte einen Posten Hufnägel für 20 000 Mark und verkaufte sie für 83 000 Mark weiter. Auch Beamte der Landesstelle Sachsen des Reichsverwertungsamtes sind in diese Angelegenheit hineingezogen, da sie sich Provisionen zahlen ließen usw. So erhielt bei einem Verkauf ein einziger Beamter 28 000 Mark.

Urkundensammlung über den Weltkrieg. Im Institut für internationales Recht an der Universität Kiel ist die Herausgabe einer Sammlung völkerrechtlicher Urkunden über den Weltkrieg begonnen worden. Für 1920 ist ein Kostenaufwand von 60 000 Mark erforderlich. Die Summe wird vom Reich und von Preußen zu gleichen Teilen bestritten.

Verheerendes Schadenfeuer. Durch Großfeuer wurden die Palatiawerke bei Zweibrücken ein Raub der Flammen, denen sehr große Holzvorräte und die gesamte wertvolle Fabrikeinrichtung zum Opfer fielen. Eine 60jährige Frau ist erstickt. Den Feuerwehren der Umgegend gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Wilson und Bourgeois Träger des Nobel-Friedenspreises. Laut amtlicher Mitteilung hat das Nobel-Komitee des norwegischen Storthings den Friedenspreis für das Jahr 1919 dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, und den Preis für das Jahr 1920 dem Präsidenten des Völkerbundsrates, Leon Bourgeois, zuerteilt. — Es ließe sich aus 14 und noch einigen Punkten beweisen, daß Wilson den Friedenspreis nicht verdient hat, und man wird sich nicht wundern dürfen, wenn vielleicht nachträglich auch noch Napoleon I. den Friedenspreis bekommt.

Schnellzüge Berlin—Warschau. Vom 1. Januar ab soll eine durchgehende Schnellzugverbindung zwischen Berlin und Warschau eingerichtet werden. Die neuen Züge sollen nicht auf dem alten Wege über Thorn, sondern über Frankfurt a. O., Bentschen, Posen und Ostrowo verkehren. Die Züge sollen alle drei Klassen führen.

Gegen die Not der deutschen Wissenschaft. Die Spitzenverbände des deutschen Wirtschaftslebens lassen an ihre sämtlichen Organisationen einen Aufruf ergehen, durch Aufbringung von Geldmitteln der Not der Wissenschaft abzuhelfen. Diese Mittel sollen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zufließen, die Verwaltung der Mittel soll den Gebern und Nutznießern gemeinsam unterliegen.

Für die notleidenden Kinder. Der Präsident des Hilfsausschusses für Europa, Hoover, hat einen Aufruf an die verschiedenen Kirchen der Vereinigten Staaten erlassen, Sammlungen zugunsten der notleidenden Kinder in Mitteleuropa zu veranstalten.

Keine Postzensur. Das Reichspostministerium hat die Postanstalten angewiesen, bei Vornahme der üblichen rein postalischen Stichproben über die postalische Zulässigkeit von Drucksachensendungen, also auch von Kreuzbandsendungen mit Zeitungen, von der etwaigen Prüfung des textlichen Inhalts abzusehen, da eine Feststellung, ob der Inhalt gegen die Gesetze oder das öffentliche Wohl verstößt, für die Postbeamten schwierig und mit einem ungestörten Postbetriebe nicht vereinbar sei.

Amerikanische Sammlung für deutsche Kinder. Die in Koblenz erscheinende amerikanische Zeitung „Amaroc" forderte die amerikanischen Soldaten auf, zur Linderung der Not der deutschen Kinder beizutragen. Die meisten Soldaten erklärten sich bereit, über 100 Mark geben zu wollen, so daß mit einem Ergebnis von mehr als 1¼ Million Mark gerechnet werden kann. Von dem Erlös der Sammlung ist eine Weihnachtsbescherung bedürftiger Kinder im amerikanisch besetzten Gebiet in Aussicht genommen, die, falls die Mittel ausreichen, auch über dieses Gebiet hinaus ausgedehnt werden soll.

Keine Kaiserbilder in Schulheften. Kaiserbilder will der preußische Minister für Volksbildung auch nicht in den Schulheften geduldet wissen. Der Erlaß gegen diese Bilder soll auch auf andere Schulbücher und Lehrmittel angewendet werden. Besonders sollen aus den Tageheften (Diarien), die von den Schülern und Schülerinnen benutzt werden, etwa vorhandene Vorsatzblätter entfernt werden. Die Regierungen und Provinzialschulkollegien sind angewiesen worden, hiernach das weitere zu veranlassen.

Umfangreicher Viehschmuggel nach Holland. In Cleve ist man umfangreichen Viehausfuhrschmuggeleien auf die Spur gekommen. Viehhändler und Engrosschmuggler kauften Rindvieh in Deutschland auf und trieben es allmählich von Etappe zu Etappe bis auf die Weiden von Grenzbauern, die es dann mit Leichtigkeit auf die angrenzenden holländischen Weiden jagen konnten.

Auszeichnung des Deutsch-Amerikaners Hugo Lieber. Dem Fabrikbesitzer Dr. Hugo Lieber in Newyork, der kürzlich in Deutschland weilte, hat die Technische Hochschule in Karlsruhe die Würde eines Dr.-Ingenieurs ehrenhalber verliehen in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die chemischen und technischen Wissenschaften durch Schaffung einer großzügigen amerikanischen Organisation zur Unterstützung der deutschen Forschung.

Geschmuggelte Films. Schon seit geraumer Zeit wird von der deutschen Filmindustrie gegen die Vorführung von geschmuggelten Films gekämpft, d. h. Bildstreifen, die nicht eine Einfuhrbewilligung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr besitzen. Der Minister des Innern hat nun verfügt, daß Bildstreifen, die zu Unrecht eingeführt worden sind, von den Polizeibehörden nicht zur öffentlichen Vorführung zugelassen werden dürfen.

Bandenraubzüge auf das Land. Zwei schwere Raubüberfälle wurden nachts in dem Dorfe Jossa (Kreis Fulda) ausgeführt. Zunächst wurden aus der Waldmühle von sechs vermummten, mit Revolvern bewaffneten Räubern 9000 Mark in Scheinen unter Drohungen geraubt. Sodann zogen die Räuber in den sogenannten Rhönhof und beraubten dort den im Schlafe überraschten Bauer Günther auf die gleiche Art um 6000 Mark. Die Räuber entkamen unbemerkt.

Ein treibendes Torpedoboot. An der Ostküste von Fohlster, etwa 150 Meter vom Lande entfernt, wurde ein großes abgetakeltes Torpedoboot beobachtet, über das die Wellen hinweggingen. An Bord war niemand zu bemerken. Um die Nationalität des Bootes festzustellen und in Seenot befindlichen Personen Hilfe zu leisten, ist ein Dampfer entsandt worden.

Preisverteilung. Das Preisgericht für den Ideenwettbewerb zur Erlangung von Entwurfsskizzen für das deutsche Hygienemuseum und die staatlichen naturwissenschaftlichen Museen in Dresden hat den ersten Preis von 35 000 Mark dem Architekten Hermann Buchert, Professor der Technischen Hochschule in München, den zweiten Preis von 25 000 Mark den Architekten Karl Oettinger in Berlin-Lichterfelde und Josef Scherer in Berlin-Lichterfelde zuerkannt.

Ein Heiratsjahr. Nach den Mitteilungen der Standesämter in Berlin ist das Jahr 1919 ein Heiratsjahr gewesen. Während im Jahre 1918 die Zahl der Eheschließungen in Groß-Berlin 28 928 betrug, stieg die Zahl 1919 auf 52 052, also um rund 80 %. Allein im zweiten Halbjahr von 1919 wurden fast genau so viel Ehen geschlossen wie im ganzen Jahr 1918. Selbst das Kriegsjahr 1914 mit seinem infolge der zahlreichen Kriegstrauungen hohen Betrage von 38 670 Eheschließungen wird von 1919 um 13 342 Eheschließungen oder um 34,6 % überholt.

Der Erfinder der Erbswurst gestorben. In Dresden ist der Patentanwalt Alexander Scherke im Alter von 84 Jahren gestorben. Scherke ist der Erfinder der Erbswurst, die im Kriege 1870/71 zum erstenmal den deutschen Truppen in größerem Umfange erhebliche Dienste geleistet hat.

Fünf Millionen Stück Auslandszigaretten beschlagnahmt. In Leipzig sind von den Überwachungsbehörden zwei Wagen mit ausländischen Zigaretten, die aus dem besetzten Gebiet eingeführt wurden und fünf Millionen Zigaretten faßten, beschlagnahmt worden. Zur Hebung unserer Valuta sollen sie nach Skandinavien ausgeführt werden.

Bürgermeistergehälter in Deutschland. Bei der Wahl eines zweiten Bürgermeisters haben sich in Hannover Schwierigkeiten ergeben, weil der Magistrat die Gehaltsforderung des in Aussicht genommenen Bewerbers nicht anerkennen will. Dieser verlangt 53 500 Mark und bleibt damit nicht mehr weit hinter dem Gehalt des Oberbürgermeisters zurück, das 61 800 Mark beträgt. Zur Klärung der Frage hatte der Magistrat bei mehreren größeren Städten über die Bürgermeistergehälter Auskunft erbeten. Es antworteten zehn Städte. Von diesen zehn zahlt das höchste Oberbürgermeistergehalt Essen mit 90 000 Mark, nicht viel weniger erhalten die ersten Beamten von Köln und Leipzig, nämlich 82 500 Mark. Der Oberbürgermeister von Charlottenburg bezieht 75 000 Mark, der von Frankfurt a. M. 70 000 Mark, der Stettiner 64 500 Mark, der Kasseler 61 300 Mark, Erfurt, eine Stadt von 120 000 Einwohnern, zahlt 53 800 Mark für den Oberbürgermeisterposten. Insterburg mit 40 000 Einwohnern nicht weniger als 46 800 Mark. An Gehältern für zweite Bürgermeister werden gezahlt: in Leipzig 64 500 Mark, in Köln 60 500 Mark, in Charlottenburg 60 000 Mark, in Essen 54 000 Mark, in Frankfurt a. M. 50 000 Mark, in Hannover und Kassel 46 800 Mark, in Stettin 46 500 Mark, in Erfurt 43 800 Mark. Der Breslauer Oberbürgermeister bezieht 64 000 Mark.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. In der Nacht vom 6. zum 7. Dezember wurde, wie halbamtlich mitgeteilt wird, auf dem Gut Treibitsch bei Naumburg in einem Felsenkeller nahe der Rudelsburg ein geheimes Waffenlager entdeckt. Die Waffenvorräte setzten sich zusammen aus: 381 Gewehren (Modell 98), 6 Karabinern, 8 schweren Maschinengewehren, 10 leichten Maschinengewehren mit neuen Ersatzteilen, 2 leichten Minenwerfern mit Zubehör, 2 Waffenfahrzeugen, 5 Maschinenpistolen, 40 000 Schuß Gewehrmunition und mehreren hundert Schuß Pistolenmunition. Sämtliche Waffen und Munitionsstücke wurden an Ort und Stelle unbrauchbar gemacht. Der Pächter des Felsenkellers, der früher als Bierkeller Verwendung fand, erklärte, daß der Oberst a. D. von Schönberg in Naumburg im Besitz des Kellerschlüssels sei.

Berlin. Nach amtlicher Mitteilung sind die Thorner Deutschen, Superintendent Waubke, sowie die Herren Korsch, Laengner, Mahler, Hinckel, Mentzel und Woelk, am 10. Dezember aus der Internierung in Schrimm entlassen worden.

Halle a. S. Der unabhängige Sozialdemokrat Stammer wurde zum Landrat des Kreises Bitterfeld gewählt.

Beuthen O.-S. Die bisherige staatliche Polizei von Kattowitz und Hindenburg ist von der Interalliierten Kommission in eine sogenannte Spezialpolizei umgewandelt worden, die unter der Oberleitung des französischen Generals steht, dem bisher schon die Abstimmungspolizei unterstellt war. Die unmittelbare Leitung der Spezialpolizei ist dem französischen Gendarmeriehauptmann Hohlfeld übertragen worden.

Beuthen O.-S. Der Antrag auf Ausweisung Korfantys aus Oberschlesien wegen seiner aufhetzenden Reden ist abgelehnt worden. Daraufhin haben die deutschvölkischen Parteien beschlossen, dem General Le Rond mitzuteilen, daß sie ihre Teilnahme am paritätischen Beirat Oberschlesiens einstellen werden.

Hamburg. Nachdem der englische Kohlenkommissar die Genehmigung zur Ausfuhr englischer Kohle nach Deutschland erteilt hat, geht von Newcastle mit dem Dampfer „Phönix" die erste Ladung englischer Durham-Gaskohle nach Hamburg ab. Damit trifft die erste Ladung englischer Kohle nach dem Kriege in einem deutschen Hafen ein. Bei dem heutigen Kurse von 253 Mark für 1 Pfund Sterling wird sich die Tonne englischer Kohle auf etwa 1140 Mark stellen. Deutschland, das nach dem Spa-Abkommen verpflichtet ist, seine eigenen Kohlen zum niedrigen Preise an das Ausland abzugeben, ist also gezwungen, um der Kohlennot im eigenen Lande zu steuern, teure Auslandskohlen zu beziehen.

Magdeburg. Fast sämtliche hiesigen Rechtsanwaltsangestellten sind wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Paris. Nach einer Meldung aus London betrug im November die Zahl aller im Arbeitsministerium eingetragenen Arbeitslosen in England 251 000.

Amsterdam. Nach einer Meldung aus Newyork hat die General Electric-Company 3000 Angestellte entlassen. Man erwartet im Laufe der Woche die Entlassung weiterer 2500 Arbeiter.

Athen. Die griechische Regierung hat die Antwort auf die Note der Alliierten abgefaßt. Darin werden die gegen Konstantin und die ihm ergebenen Offiziere erhobenen Anschuldigungen als unbegründet bezeichnet und die freundschaftliche Haltung hervorgehoben, die die griechische Regierung gegenüber den Alliierten einzuhalten wünscht, und erklärt, daß sie den eingegangenen Verpflichtungen treu bleiben werde.

Aus dem Gerichtssaal

§ **Ein Todesurteil.** Das Schwurgericht in Gießen verurteilte den aus Linden bei Hannover gebürtigen 21 Jahre alten Landarbeiter Willi Kuchenbecker wegen Raubmordes zum Tode. Kuchenbecker hatte, um nicht zu Fuß gehen zu müssen, einen Radfahrer erschossen und ihm sein Rad weggenommen.

Die Entwaffnungsfrage.

Deutschlands Antwort an die Entente.

Dem General Nollet, Vorsitzenden der Entente-Kontrollkommission in Berlin, ist eine Note der Reichsregierung über die Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzorganisationen überreicht worden.

In der Note wird zunächst angeführt, daß nach Ansicht der deutschen Regierung eine Auflösung der Selbstschutzorganisation, die **keinen militärischen Charakter** tragen, durch die Bestimmungen des Friedensvertrages **nicht verlangt werden kann.** Die deutsche Regierung habe eine völkerrechtliche Verpflichtung dazu niemals anerkannt. Sie stehe auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß eine solche Verpflichtung aus dem Friedensvertrag nicht hergeleitet werden kann; die Frage des Bestehens oder der Auflösung der Selbstschutzorganisationen müsse als **eine innere Angelegenheit** betrachtet werden. Die Selbstschutzorganisationen seien selbstverständlich nur eine vorübergehende Einrichtung für Zeiten, wo die Staatsgewalt infolge von außergewöhnlichen Umständen ihren Aufgaben nicht überall vollständig gewachsen ist. Nur solange dieser **unnormale Zustand** dauert, können diese Selbstschutzorganisationen bestehen. Das eigenste Interesse des Staates drängt dazu, diese Aushilfsmittel sobald wie möglich entbehrlich zu machen. Was dagegen die **Entwaffnung der Einwohnerwehren,** d. h. die Ablieferung der in ihren Händen befindlichen Kriegswaffen betreffe, so handele es sich hier um eine von Deutschland in Spa übernommene Verpflichtung, deren Erfüllung die deutsche Regierung sich mit allen Mitteln angelegen sein lasse.

Die Note bespricht dann die sehr verschieden gearteten Verhältnisse in den einzelnen Ländern des Reiches. So stehe die Bevölkerung in Bayern noch völlig unter dem Eindruck der Erlebnisse des Frühjahrs 1919, wo im Lande eine Räteherrschaft nach bolschewistischem Muster aufgerichtet worden war. In Stadt und Land haben die ruhigen und ordnungsliebenden Bewohner damals unter Gewalttätigkeiten und Plünderungen schwer zu leiden gehabt. In Ostpreußen befürchte man einen erneuten Vorstoß der russischen Roten Armee und wolle demgegenüber nicht schutzlos dastehen. Es bestehe zwar die Absicht, die Entwaffnung der ostpreußischen Ortswehren womöglich im Rahmen der allgemeinen Entwaffnungsaktion durchzuführen. Es müsse aber mit der Möglichkeit einer Verzögerung gerechnet werden.

Die deutsche Regierung sei sich des Ernstes ihres Entschlusses voll bewußt. Sie weise aber darauf hin, daß die Entwaffnung der Bevölkerung, wie das Protokoll von Spa verlange, im wesentlichen in nächster Zeit beendet sein werde, und daß die für Bayern und Ostpreußen gemachten Vorbehalte im Vergleich damit bedeutungslos seien und militärisch nicht als bedrohlich erachtet werden können. Sie vertraue darauf, daß auch die alliierten Regierungen sich bei Prüfung dessen, was zur Erfüllung der in Spa übernommenen Verpflichtungen geschehen ist, und was noch zu geschehen hat, dem Gewicht der vorgebrachten Gründe nicht verschließen werden, die das weitere Vorgehen der deutschen Regierung zwingend bestimmen müssen.

General Nollet gegen die Einwohnerwehren.

Auf die deutsche Note betreffend die Selbstschutzorganisationen ist jetzt eine ablehnende Antwort der Ententekommission in Berlin, gezeichnet von General Nollet, eingegangen. Es heißt darin u. a.:

„Die deutsche Reichsregierung erklärt, daß diese Organisationen, da sie weder einen militärischen Charakter noch irgendwelche Beziehungen zur Reichswehr haben und ausschließlich dem Zwecke der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung dienen, durch keine Bestimmung des Friedensvertrages verboten wird. Indessen beweisen die Nachrichten, die die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission über gewisse Organisationen besitzt, daß sie in Wirklichkeit einen militärischen Charakter haben und daß sie in enger Verbindung mit den regulären militärischen Befehlsstellen stehen. Es genügt beispielsweise, auf den Wortlaut der „Satzungen des Landesverbandes der

Einwohnerwehren Bayerns"

hinzuweisen, die von dem Landeshauptmann Escherich unterzeichnet und durch den Landesausschuß am 10. März 1920 bestätigt worden sind; darin wird die Landesleitung mit der Verbindung mit dem Wehrkreiskommando beauftragt und die Kreishauptleute sichern danach die Verbindung mit den Reichswehrbrigaden. Ebenso gehört es in Ostpreußen zu der Aufgabe zweier Generalstabsoffiziere der I Infanteriedivision, die Verbindung mit den Selbstschutzorganen aufrecht zu erhalten und die Bedürfnisse dieser Organe in administrativer Hinsicht zu erfüllen. In Wirklichkeit also stellen die Selbstschutzorganisationen (und hierunter versteht der Interalliierte Heeresüberwachungsausschuß: Grenzwehren, Grenzschutz, Stadtwehren, Einwohnerwehren, Orgesch und andere ähnliche Vereine) Formationen dar, die geeignet sind, eine Mobilisation zu erleichtern. Sie fallen also unter die Bestimmungen des Artikels 178 des Friedensvertrages und

müssen aufgelöst werden.

Ihre Aufrechterhaltung nach Durchführung ihrer Entwaffnung wäre übrigens auch durch rein innere Gründe nicht zu rechtfertigen. Denn sie würden, ihrer Waffen entblößt, nicht mehr in der Lage sein, wirksam an der Aufrechterhaltung der Ordnung teilzunehmen. Die deutsche Regierung verlangt im übrigen eine Ausnahmestellung für die Selbstschutzorganisationen Bayerns und Ostpreußens. Es muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß andere Staaten des Deutschen Reiches, deren Sicherheit ihrer Ansicht nach ebensowenig verbürgt ist, die gleiche Ausnahmestellung beanspruchen könnten.

Was Ostpreußen anbetrifft,

so glaubt sich die Interalliierte Militär-Kontrollkommission auf die Erfahrungen des letzten Sommers verlassen zu können. Sie erinnert nur daran, daß die Deutsche Regierung damals nicht auf die regulären Truppen aus dem Innern des Reiches zurückgegriffen hat, und daß nach der eigenen Ansicht des Oberpräsidenten der Provinz eine Verstärkung von ungefähr 3000 Mann genügend war, um die Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Unter diesen Umständen ist eine Sonderbehandlung weder für Bayern noch für Ostpreußen erforderlich, deren Selbstschutzorganisationen wie die der anderen Teile Deutschlands aufgelöst und entwaffnet werden müssen.

Indem die Interalliierte Militär-Kontrollkommission nochmals den Grundsatz der sofortigen Auflösung und Entwaffnung in Anwendung des Friedensvertrages und des Spa-Protokolls betont, besteht sie noch einmal darauf, daß die Deutsche Regierung ihr unverzüglich die zu treffenden Maßnahmen mitteilt.

Um Oberschlesien!

Korfanty rechnet mit einem deutschen Sieg.

In einer Unterredung mit einem Berichterstatter erklärte Korfanty: „Sollte es den Deutschen durch die Zulassung der Ausgewanderten aus dem Reich gelingen, die Wagschale auf die andere Seite herunterzudrücken, so wird in Mitteleuropa ein zweites Mazedonien entstehen, denn das oberschlesische Volk würde sich mit diesem Zustand nie versöhnen und es würde mit der Waffe in der Hand seine Wünsche und Rechte verteidigen." Sogar Herr Korfanty scheint danach jetzt mit einem deutschen Abstimmungssiege in Oberschlesien zu rechnen.

Postkontrolle durch die Entente.

Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat jetzt die Einführung von technischen Postbeiräten verfügt. Diese Postbeiräte sind berechtigt, den gesamten Betrieb im Post-, Telegraph- und Fernsprechdienst zu kontrollieren. Diese Verordnung der J. A. K. erregt das höchste Bedenken. Die Verfügung dürfte seitens der J. A. K. mit dem ihr durch § 3 der Abstimmungsbedingungen (Art. 88 des Friedensvertrages) gegebenen Vollmachten begründet werden. Danach stehen ihr alle Maßnahmen frei, die zur Sicherung unbeeinflußter Abstimmung von ihr selbst für nötig gehalten werden. Die deutsche Bevölkerung kann sich nach den Erfahrungen im Polenaufruhr aber des Gefühls nicht erwehren, daß polnische und deutsche Taten nicht mit dem gleichen Maße gemessen werden, und erblickt deshalb in der Postkontrolle eine neue Gefahr für ihre Handlungsfreiheit.

Gegen Fürstbischof Bertram.

Die polnischen Bischöfe haben ein Telegramm an den Papst gerichtet, in dem es heißt:

„Der Fürstbischof von Breslau, Kardinal Bertram, hat der oberschlesischen Geistlichkeit unter Androhung der Suspension ipso facto verboten, sich an der Plebiszitaktion ohne besondere Erlaubnis des Ortspfarrers zu beteiligen. Den nicht zu der Breslauer Diözese gehörenden Geistlichen verbot er überhaupt jedwede Teilnahme an dieser Aktion. Die Verfügung des Kardinals Bertram ist ungerecht. Sie liefert die Abstimmung der deutschen Geistlichkeit aus, da 75 % aller Pfarrer in Oberschlesien infolge des Betreibens der preußischen Regierung deutscher Nationalität sind. Die Geistlichen und Kleriker gehen dadurch ihrer bürgerlichen Betätigung an der Plebiszitaktion verlustig. Die Verfügung widerspricht auch dem Versailler Friedensvertrage. Obgleich sich Kardinal Bertram auf eine besondere Vollmacht des Heiligen Stuhles beruft, glauben wir doch, daß dies nicht dem wirklichen Sachverhalt und den Absichten des apostolischen Stuhles entspricht."

Frei, unbeeinflußt und geheim!

Deutschland gegen die Abstimmung in Köln.

Der deutsche Botschafter in London hat dem englischen Ministerpräsidenten folgende Note in der oberschlesischen Abstimmungsfrage überreicht:

„Die Deutsche Regierung hat den Vorschlag, den ihr der britische Premierminister im Namen der britischen, der französischen und der italienischen Regierung wegen der Abstimmung in Oberschlesien gemacht hat, einer eingehenden Prüfung unterzogen und beehrt sich, darauf folgendes zu erwidern:

Der Friedensvertrag gibt Deutschland den Anspruch auf eine Gewähr dafür, daß bei der Volksabstimmung in Oberschlesien der Wahlakt sich frei, unbeeinflußt und geheim vollzieht, und daß jede unterschiedliche Behandlung der eingesessenen und der außerhalb Oberschlesiens wohnenden Stimmberechtigten von vornherein ausgeschlossen ist. Diesem Anspruch kann nur durch volle Einheitlichkeit des Wahlaktes genügt werden. Der Grundsatz der Einheitlichkeit des Wahlaktes ist denn auch dem Orte wie der Zeit nach bei den Abstimmungen in Schleswig sowie in Ost- und Westpreußen auf Grund der Artikel 95 und 109 des Friedensvertrages streng durchgeführt worden. Diese Artikel decken sich insoweit völlig mit den Bestimmungen des § 4 der Anlage zum Artikel 88. Der Botschafterrat hat überdies den Grundsatz der Einheitlichkeit des Wahlaktes anläßlich der Ablehnung des Antrages, in Ostpreußen zwei getrennte Urnen einzuführen, ausdrücklich als maßgebend anerkannt. Ebenso geht aus der Note vom 30. November hervor, daß sich die britische, die französische und die italienische Regierung gleichfalls zu diesem durch den Friedensvertrag und seine bisherige Anwendung festgelegten grundsätzlichen Standpunkt bekennen.

Die Deutsche Regierung erkennt gern an, daß der ihr gemachte Vorschlag von der wohlmeinenden Absicht ausgeht, Unruhen zu verhüten, die bei Gelegenheit der Abstimmung in Oberschlesien eintreten könnten. Sie kann diese Absicht nur mit Genugtuung begrüßen. Sie weiß auch die große Verantwortung zu würdigen, die die drei Regierungen mit der Aufgabe übernommen haben, die freie, unbeeinflußte und geheime Stimmenabgabe zu sichern, und das ihrem Schutze anvertraute Oberschlesien in den Tagen der Abstimmung vor Gefahren zu schützen. Geleitet von dem Bestreben, den Mächten ihre Aufgabe zu erleichtern, ist die deutsche Regierung bereit, das in der Note vom 3. November aufgeworfene Problem einer erneuten sachlichen Prüfung zu unterziehen.

Die Deutsche Regierung gestattet sich hierbei darauf hinzuweisen, daß der Vorschlag der Mächte großen technischen Schwierigkeiten in bezug auf Transport, Unterbringung usw. begegnen müßte. Sie macht ferner darauf aufmerksam, daß nach Ziff. 6 der Note das Ergebnis der Volksabstimmung nicht „gekannt" werden darf, bevor nicht alle von den Eingesessenen und auswärtigen Berechtigten abgegebenen Stimmen vereinigt worden sind. Es ist höchst zweifelhaft, ob dabei eine Differenzierung der Stimmberechtigten und eine Verletzung des Grundsatzes der Geheimhaltung völlig ausgeschlossen werden kann.

Die Deutsche Regierung glaubt, daß sie durch eine mündliche Aussprache am schnellsten die Möglichkeit erlangen würde, zu den in der Note aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Sie beehrt sich demgemäß anzuregen, baldmöglichst eine Besprechung von Vertretern derjenigen Regierungen stattfinden zu lassen, von denen der Vorschlag ausgegangen und an die er gerichtet ist. Die Deutsche Regierung bittet den britischen Herrn Premierminister, diese Anregung auch an die französische und italienische Regierung weitergeben zu wollen."

Eupen — Malmedy.

Nochmaliger Appell an den Völkerbund.

Die an den Generalsekretär des Völkerbundes Drummond gerichtete deutsche Note, in der die Ungültigkeitserklärung der Volksbefragung über Eupen und Malmedy gefordert wird, erklärt, daß der Rat des Völkerbundes

seinerzeit von Voraussetzungen ausgegangen ist, die auf unrichtiger Information beruhen und den Tatsachen nicht entsprechen. Die deutsche Regierung könne deshalb den Beschluß des Völkerbundes in Sachen Eupen—Malmedy nicht anerkennen.

Gestützt auf die Erklärung des Völkerbundes, daß seine Entscheidung anders lauten müsse, wenn durch genaue und übereinstimmende Beweise dargetan werden könne, daß das Ergebnis der Volksbefragung durch Einschüchterung und Druckmittel, durch Amtsmißbrauch und Bedrohung mit Repressalien bestimmt worden sei, welche die freie Willensäußerung der Bevölkerung verhindert hätten, führt die deutsche Regierung in den der Note beigefügten Anlagen den unwiderleglichen Nachweis für das dem Rate des Völkerbundes nicht bekannt gewesene Bestehen allgemeiner Vergeltungsmaßnahmen gegen Personen, die von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten.

Gestützt auf diese Beweise erwartet die deutsche Regierung, daß die rechts- und vertragswidrige Volksbefragung, wie sie von den belgischen Behörden gehandhabt wurde, für ungültig erklärt und der Bevölkerung die Möglichkeit einer wahrhaft freien unbeeinflußten Willensäußerung gegeben wird. Die deutsche Regierung knüpft daran die Bitte, daß bei Prüfung der Angelegenheit auch ihr Gelegenheit zur Auskunftserteilung gegeben wird und daß der Völkerbund eine Kommission in die Kreise entsende, um sich aus eigener Überzeugung ein Bild über die wahre Stimmung der Bevölkerung zu verschaffen.

Wie aus Genf gemeldet wird, legte der Generalsekretär des Völkerbundes dem Kongreß die Note der deutschen Regierung vor. Es wurde aber nur die Übersetzung der Note selbst, dagegen nicht die Anlagen mit den Beweismitteln vorgelegt. Es wurde lediglich bekannt gegeben, daß die Anlagen in der Bibliothek des Sekretariats eingesehen werden könnten, ebenso wie der Bericht der belgischen Regierung vom 17. November, in dem die Bemerkungen der deutschen Regierung über die Volksbefragung widerlegt worden seien. In dem Begleitschreiben zu der Note bemerkt der Generalsekretär, daß der Beschluß des Rates über die Zuweisung der beiden Kreise an Belgien endgültig sei.

Kardinal Mercier reist nach Rom.

Eine Pariser Zeitung berichtet, Kardinal-Erzbischof Mercier von Mecheln habe Paris passiert, um sich über Marseille nach Rom zu begeben. Das Blatt glaubt, der Zweck der Reise sei, die Fragen zu lösen, die sich durch Angliederung der Kreise Eupen und Malmedy ergeben hätten. Der Bischof von Lüttich habe schon jüngst verlangt, diese beiden Bezirke seiner Diözese zu unterstellen. Der Papst habe aber weder mit Ja noch mit Nein geantwortet. Man habe ihm (dem Bischof) in Rom erklärt, diese Unschlüssigkeit erkläre sich daraus, daß die deutsche Regierung in der Frage von Eupen und Malmedy Einspruch erhoben habe. Nun wolle Kardinal Mercier selbst beim Papst versuchen, die Frage zu regeln. Nach dem „Soir" wird sich Kardinal Mercier 14 Tage in Rom aufhalten.

Die Ministerreisen ins Rheinland.

Protestnote gegen den Entente-Maulkorb.

Über die Reden des Reichskanzlers Fehrenbach und des Außenministers Dr. Simons im besetzten Gebiet hat sich die Entente bekanntlich mächtig aufgeregt, weil sie darin eine Beunruhigung der dortigen Bevölkerung erblicken. In einer Note an Deutschland haben Belgien, Frankreich und England „die deutsche Regierung wissen lassen, daß Reisen der Reichs- und Staatsmänner in das besetzte Gebiet künftig nur zugelassen werden könnten, sobald diese hohen Staatsbeamten sich im Verlaufe solcher Bereisungen jedes Angriffes gegen die Regierungen oder Behörden der Alliierten und gegen den Friedensvertrag enthalten werden". In ihrer Antwortnote sagt die deutsche Regierung zu dieser unerhörten Zumutung:

„Die deutsche Regierung muß es ihrem pflichtmäßigen Ermessen vorbehalten, ob und wann sie es aus Gründen der inneren Politik als erforderlich erachtet, daß Reichsminister sich von den Verhältnissen im besetzten Gebiet persönlich überzeugen und Fühlung mit der rheinischen Bevölkerung nehmen. Sie kann über den Inhalt der dort abzugebenden Erklärungen der belgischen (englischen, französischen) Regierung gegenüber im voraus keinerlei verbindliche Zusicherungen abgeben, muß sich vielmehr ihre Handlungsfreiheit innerhalb der Grenzen ihres Programms, das die Durchführung des Vertrages von Versailles bis zur Grenze des Möglichen vorsieht, ausdrücklich vorbehalten."

Weiter heißt es in der deutschen Note: „Die deutsche Regierung vermag nach den Berichten, die sie aus dem besetzten Gebiet erhalten hat, nicht zuzugeben, daß die Reise des Reichskanzlers und des Außenministers die Bevölkerung des Rheinlandes beunruhigt habe. Eine solche Wirkung würde auch durchaus den Eindrücken widersprechen, die die Minister auf ihrer Reise persönlich erhalten haben. Nach der Überzeugung der Reichsregierung hat die Reise vielmehr wesentlich zur Beruhigung der Gemüter beigetragen. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes war durch die Beschwerden, die mit der Anwesenheit der Besatzungstruppen und Besatzungsbehörden verbunden sind, in eine höchst erregte, vielfach fast verzweifelte Stimmung geraten, die sich infolge der Reise merkbar gebessert hat. Wenn die Minister aber diese Besserung erzielen und der Bevölkerung zeigen wollten, daß ihre schwere Lage von der Reichsregierung voll begriffen werde, so konnten sie nicht auf eine Würdigung des Vertrages von Versailles verzichten, auf dessen Bestimmungen jene Lage zurückzuführen ist."

Rheinlandkommission und Kinderelend.

Verbot von Artikeln über den Kindermord.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat ein Verbot von Zeitungsartikeln erlassen, die sich mit dem Kinderelend in Deutschland befassen und es auf die Forderung der Alliierten gegenüber Deutschland zurückführen. Die Meldung dürfte in dieser Form kaum der Wirklichkeit entsprechen, denn es ist wohl nicht gut anzunehmen, daß die rheinischen Zeitungen als Ursache des Kinderelends in Deutschland die Forderung der Entente angegeben haben. Die rheinischen Zeitungen haben wohl wie die gesamte übrige deutsche Presse darauf hingewiesen, daß das Kinderelend in den deutschen Großstädten die Forderung der Entente auf Auslieferung der Milchkühe, vom allgemein menschlichen Standpunkt aus, geradezu als eine Unmöglichkeit erscheinen läßt. Aber das gerade wird es sein, was der Entente das Konzept verdirbt. Sie scheint eben nachgerade selbst zu fühlen, in welchem Lichte sie sich zeigt, wenn sie jahrelang in allen Tonarten und mit dem ganzen Aufwand der ihr möglichen Stimmkraft behauptet hat, der Krieg gegen den deutschen Militarismus sei eine Aktion der Menschlichkeit gewesen, und die Menschlichkeit verlange es, daß das deutsche Barbarentum vernichtet werde, — und wenn sie nun den deutschen Kindern die letzte Nahrungsquelle entzieht, denselben deutschen Kindern, deren elender körperlicher Zustand, deren Unterernährung und Siechtum von einwandfreier internationaler Seite und besonders von den Hilfskomitees zahlreicher neutraler Länder festgestellt worden ist. Wo bleibt da die Ritterlichkeit der französischen Nation, deren Ruf ohnehin schon in der letzten Zeit bedenklich schadhaft geworden ist. Die Rheinlandkommission, die wahrscheinlich einer Anweisung der französischen Regierung gefolgt ist, sieht wohl ein, daß schließlich doch das Verlangen auf Auslieferung der Milchkühe den Charakter einer Wohltat für das eigene Volk immer mehr verliert, und immer mehr das Odium einer großen, in der Geschichte aller Völker beispiellosen Roheit annimmt, daher mit jedem Tage unhaltbarer wird. Wenn sie Zeitungsäußerungen über das Elend der deutschen Kinder im Zusammenhang mit dem französischen Verlangen verbietet, so treibt sie damit doch nur Vogelstrauß-Politik; denn daß dadurch die Unnatürlichkeit der französischen Auslieferungsforderung in milderem Lichte erscheint, glaubt sie wohl selbst nicht. Im Rheinland kann sie wohl eine Festnagelung ihrer Unmenschlichkeit verbieten, aber die gesamte übrige Welt wird sich dadurch nicht abhalten lassen, über die ruhmreiche Grande-Nation, die einmal die Trägerin viel gerühmter Charaktereigenschaften gewesen ist, ihr vernichtendes Urteil zu sprechen.

Die Dienstgrade der Reichswehr.

Oberbefehlshaber und Soldaten.

Einem vom Chef der Heeresleitung unterzeichneten Erlaß entnehmen wir nachstehende zum Teil neu geschaffene Dienstgradbezeichnungen, wie sie für das 100 000-Mann-Heer vorgesehen sind.

Nach dem Erlaß heißen alle Angehörigen des Reichsheeres mit Ausnahme der Beamten „Soldaten". Diese zerfallen wie bisher in Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere, zu denen auch Sanitäts-, Veterinär- und Zeugoffiziere zählen. Die Dienstgrade der Mannschaften bei der Infanterie, einschließlich der M.-G. und M.-W.-Kompagnien sind: „Schütze, Oberschütze, Gefreiter und Obergefreiter", bei der Kavallerie: „Reiter, Oberreiter, Gefreiter und Obergefreiter." Es sind also zwei Grade vor und nach dem Gefreiten neu geschaffen worden.

Bei den Unteroffizieren ist der Grad des Sergeanten und der des Vizefeldwebels fortgefallen. Auf den Unteroffizier folgt der Unterfeldwebel, dann der Fähnrich, dann der Feldwebel-Wachtmeister, bzw. Schirrmeister, Funkmeister oder Brieftaubenmeister. Den 5. Grad der Unteroffizierklasse, von unten, bildet der Oberfähnrich, und den 6. Grad für sich allein der Oberfeldwebel. An 7. Stelle sind Musikmeister und Obermusikmeister aufgeführt. Der Führer des Gruppenkommandos ist der Oberbefehlshaber. Bei der Division (Wehrkreiskommando) heißt der Führer Kommandeur und Befehlshaber im Wehrkreis. Alle Generale werden mit „General", die übrigen Offiziere und Mannschaften mit ihrem Dienstgrad angeredet. Werden Mannschaften in geschlossenen Verbänden angeredet, so können Bezeichnungen wie „Grenadiere" usw. gebraucht werden, die bei jenen Verbänden des alten Heeres gebräuchlich waren, deren Überlieferungen der jeweilige Reichswehrtruppenteil auf Grund einer besonderen „Beleihung" des Reichswehrministers pflegt.

Österreichs Bundespräsident.

Dr. Michael Hainisch.

Wie aus Wien gemeldet wird, ist es endlich im sechsten Wahlgang gelungen, die Mehrheit auf einen Kandidaten zu vereinigen.

Die Bundesversammlung wählte mit 129 von 214 Stimmen Dr. Michael Hainisch zum Bundespräsidenten. Auf Seitz entfielen 85 sozialdemokratische Stimmen. Der gewählte Bundespräsident gehört keiner Partei an. Er hat sich schriftstellerisch und praktisch auf nationalökonomischem und sozialpolitischem Gebiete betätigt. Er ist der Sohn der bekannten Wiener Frauenrechtlerin Marianne Hainisch. Der Präsident ist 60 Jahre alt.

Die Wahl des neuen Bundespräsidenten wird von den Organen aller Parteien sehr gut aufgenommen und allseitig die überragende geistige Bedeutung des neuen Bundespräsidenten anerkannt. Der neue Bundespräsident hat selbst Musterwirtschaften auf seinen eigenen Gütern eingeführt und ist in der letzten Zeit stets für die Hebung der österreichischen Produktion eingetreten. Er verlangte, daß die österreichischen Alpenländer mit tüchtigen Schweizer Landwirten durchsetzt werden sollen, welche geeignet seien, den österreichischen Bauern praktischen Unterricht in der Landwirtschaft zu erteilen. Dr. Hainisch ist vollkommener Abstinent und wandte sich in einem in den letzten Tagen erschienenen Artikel gegen die Bauern, welche ihrer Ablieferungspflicht nicht Genüge leisten. Er bezeichnete es als einen Skandal, daß in einem Staate, in dem sich eine Million Milchkühe befinden, nicht einmal die Säuglinge genügend Milch haben. Der neue Bundespräsident wird in dem ehemaligen Belvedere wohnen.

Barrikadenkämpfe in Prag.

Kommunisten gegen Rechtssozialisten.

Das Arbeiterheim in Prag ist gegenwärtig der Schauplatz blutiger Kämpfe, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist. Das Volksheim, das von den Kommunisten unter Dr. Schmeral gewaltsam besetzt worden war, ist durch rechtskräftiges Urteil den Unabhängigen und Mehrheitssozialisten zugesprochen worden. Trotzdem weigern sich die Kommunisten, es zu räumen.

Deshalb rückte ohne vorherige Ankündigung Gendarmerie und Polizei gegen das Volkshaus vor, um es zu besetzen und auf diese Weise dem Urteil Geltung zu verschaffen. Die im Volksheim zufällig anwesenden 50 Kommunisten, die von dem Anrücken der Polizei und Gendarmerie Kenntnis erhalten hatten, verbarrikadierten sich in aller Eile und empfingen die **mit gefälltem Bajonett** heranrückenden Mannschaften mit einem Steinhagel. Es kam zu **wüsten Kämpfen**, in dessen Verlauf zwei Gendarmen **schwer verletzt** wurden. Wieviele Opfer der Kampf auf seiten der Kommunisten forderte, ist noch nicht festzustellen gewesen. Einem Sturmangriff der Polizei und Gendarmerie gelang es, das Volkshaus zu nehmen und zu besetzen.

Auf Mitteilung von den Vorfällen rücken gegenwärtig aus allen Teilen Prags, besonders aus Zizkow kommunistische Arbeiter heran, um ihren bedrohten Freunden zu Hilfe zu eilen. Im Augenblick hält der ziemlich dichte Kordon der Gendarmerie und Polizei im Volksheim noch dem Ansturm stand. Wie lange dies währen wird, ist nicht vorauszusehen, um so mehr, als die Nachricht eintrifft, daß aus dem zwei Stunden von Prag entfernten Kommunistennest Kladno ein Extrazug mit Hunderten von Kommunisten abgelassen wurde, um den Prager Genossen zu Hilfe zu kommen.

Serbisch-holländischer Konflikt.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Wie aus dem Haag gemeldet wird, ist zwischen der niederländischen und der serbischen Regierung wegen einer **Mißhandlung des niederländischen Konsuls** in Belgrad eine Meinungsverschiedenheit entstanden. Die niederländische Regierung betrachtet die von der serbischen Regierung in der Angelegenheit eingenommene Haltung als mit der für die Aufrechterhaltung guter internationalen Beziehungen üblichen Art im Widerspruch stehend. Sie hat daher an ihren Gesandten in Belgrad Auftrag gegeben, **Serbien zu verlassen**, und dem serbischen Geschäftsträger im Haag mitgeteilt, daß auf seine weitere Anwesenheit im Haag kein Wert gelegt wird.

Die überwundene Krisis.

Zu der Abstimmung in der Donnerstagssitzung des Reichstages, wobei durch die Annahme der Regierungsvorschläge und die Annahme der weitergehenden Anträge in der Beamtenfrage die drohende Krise vermieden wurde, wird von parlamentarischer Seite geschrieben:

Das Kesseltreiben in der Frage der Beamtengehälter, das nachgerade bis hart an den Rand einer Finanzminister- oder gar einer Kabinettskrise gediehen war, hat sich im allerletzten Augenblick doch noch sozusagen in Wohlgefallen aufgelöst. Die feste Haltung der Regierung hat ihre Früchte getragen, insofern wenigstens, als schließlich alle über die von ihr gebilligten Ausschußbeschlüsse hinausgehenden Parteianträge abgelehnt und die Neuregelung der Teuerungszulagen zum Gesetz erhoben wurde, die nach Überzeugung der Finanzverwaltung mit der Leistungsfähigkeit des Reiches gerade noch vereinbar waren. Es bleibt also dabei, daß im wesentlichen nur die Kinderzulagen erhöht werden. Die Deutschnationalen blieben mit ihrer Forderung nach einer allgemeinen Erhöhung dieser Bezüge bei der Abstimmung ebenso allein, wie die Mehrheitssozialdemokraten mit der ihrigen. Nur wenn diese beiden Parteien sich zu einer irgendwie gearteten Gemeinschaftlichkeit der parlamentarischen Aktion zusammengefunden hätten, wäre es zu der schon in grellen Farben an die Wand gemalten Krisis wirklich gekommen. Aber das Bewußtsein der Unmöglichkeit eines solchen Zusammenarbeitens dämpfte von vornherein die Angriffskraft der Parteiführer und verstärkte natürlich auf der andern Seite die Entschlossenheit der Regierung sowohl wie der Mehrheitsparteien zum Widerstand gegen die nach ihrer Überzeugung unerfüllbare Forderung, und so ergab sich zum Schlusse eine überwältigende Mehrheit für die Ausschußanträge, da natürlich auch Sozialdemokraten und Deutschnationale nicht gegen sie stimmen konnten. Nur die äußerste Linke hielt sich abseits. Die Beamtenschaft aber sieht sich nunmehr einer endgültigen Beschlußfassung des Reichstags gegenüber, gegen die es keine höhere, geordnete Instanz mehr gibt.

Vorläufig kann man nicht absehen, wie die Beamten sich nun ihrerseits entschließen werden. Daß sie den radikalen Rufern in ihrer Mitte nicht unbesonnen Gefolgschaft leisten werden, ist sicher; aber wenn selbst die christlichen, unter der Leitung des Wohlfahrtsministers Stegerwald stehenden Organisationen Mindestforderungen aufgestellt haben, hinter denen die Reichstagsbeschlüsse doch recht erheblich zurückgeblieben sind, so wird ohne weiteres klar, daß wir uns in einer sehr bedenklichen Lage befinden.

Die Beamten und die Reichstagsbeschlüsse.

Berlin. Der Deutsche Beamtenbund und die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten hielten Versammlungen ab, um über das weitere Vorgehen zu beschließen. Allgemein wurde die Neuregelung der Beamtengehälter als ungenügend bezeichnet. Über die Möglichkeit eines Streiks soll eine Urabstimmung entscheiden.

Die Mindestforderungen.

Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften, der dem Deutschen Gewerkschaftsbund (Vorsitzender Wohlfahrtsminister Stegerwald) angeschlossen ist, hat der Regierung und dem Reichstag folgende Mindestforderungen überreicht:

Allgemeine Erhöhung des Teuerungszuschlages für sämtliche Beamte, besondere Fürsorge für die kinderreichen Familien, besondere Fürsorge für die Beamten in den Industriebezirken Rheinlands, Westfalens, Sachsens und Oberschlesiens, sofortige Inkraftsetzung des neuen Ortsklassenverzeichnisses in der Weise, daß einstweilen für die Orte über 10 000 Einwohner die neue Einteilung finanziell wirksam gemacht wird, Auszahlung der Beträge noch vor Weihnachten, Beibehaltung der Betriebszulage und Änderung des Paragraphen 25 des Besoldungsgesetzes in der vom Reichsgutachterausschuß verlangten Weise.

Der Gesamtverband verweist auf den Ernst der Lage und erwartet bestimmt die Erfüllung seiner Wünsche.

Stellungnahme des Hamburger Beamtenbundes.

Das Landeskartell Groß-Hamburg des Deutschen Beamtenbundes hat in einer außerordentlichen Ausschuß-Sitzung von Vertretern aller angeschlossenen Fachorganisationen einschließlich der als Gäste anwesenden Vertreter der Hamburger Beamtenschaft eine Entschließung angenommen, in der ausgedrückt wird, daß das Bundeskartell geschlossen hinter der Forderung des Deutschen Beamtenbundes steht, da die wirtschaftliche Not der Beamtenschaft ihre Höchstgrenze erreicht habe. Im Interesse des gesamten deutschen Volkes sei es notwendig, schnellstens und rücksichtslos von allen Ständen die Steuern einzufordern, wodurch eine Hebung der Valuta erreicht und die Kaufkraft der Mark verbessert werde. Großen Volksschichten und den Beamten würden bei Lohn- und Gehaltszahlungen die Steuern sofort einbehalten, so daß sich das Gerechtigkeitsgefühl empöre gegen die Kapitalsverschiebungen und Steuerhinterziehungen kapitalkräftiger Personen und Unternehmungen. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß die Beamten erforderlichenfalls auf Anweisung des Deutschen Beamtenbundes bewußt zum äußersten Mittel greifen würden.

Aufbesserung der Altpensionäre.

Kein Rechtsanspruch auf Gleichstellung.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag den angekündigten Gesetzentwurf zur Ergänzung und Regelung der Bezüge der Pensionäre und Hinterbliebenen zugehen lassen. Der Entwurf sieht im § 1 vor, daß den mit Wirkung vom 1. April 1920 oder einem früheren Zeitpunkt pensionierten Beamten oder Offizieren ein Pensionszuschuß zu gewähren ist, der die Hälfte des Unterschiedes zwischen der gesetzlich zustehenden und derjenigen Pension beträgt, die sich ergeben hätte, wenn der Beamte oder Offizier bei seinem Ausscheiden aus der zuletzt von ihm bekleideten Stelle nach den am 1. April 1920 geltenden oder mit Wirkung von diesem Zeitpunkt in Kraft tretenden Vorschriften besoldet oder pensioniert worden wäre. Einen gleichen Pensionszuschuß erhalten die mit Wirkung vom 1. April oder einem früheren Zeitpunkt einstweilen, nach dem 1. April 1920 aber dauernd in den Ruhestand versetzten Beamten.

Für Witwen und Waisen ist gleichfalls derselbe Zuschuß von 50 % des Unterschiedes der früheren und gegenwärtigen Hinterbliebenengebühren vorgesehen. Die im neuen Gesetz vorgesehenen Kinderzuschläge werden unter den dort angegebenen Voraussetzungen vom 1. April 1920 ab auch neben der Pension zum Wartegeld und den Hinterbliebenenbezügen gewährt.

Zur Anpassung an die Veränderungen in der allgemeinen Wirtschaftslage wird vom 1. April 1920 ab zu den Pensionen, Wartegeldern und Witwenbezügen ein Teuerungszuschlag in der Höhe der Hälfte desjenigen Betrages gewährt, den der Beamte oder Offizier zu dem zuletzt bezogenen pensionsfähigen Diensteinkommen nach Maßgabe des § 17 des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 als Teuerungszuschlag erhalten hätte, wenn er bei seinem Ausscheiden aus der zuletzt von ihm bekleideten Stelle in Höhe des pensionsfähigen Diensteinkommens nach dem zurzeit geltenden Besoldungsgesetz besoldet gewesen wäre.

In der Begründung dieses Gesetzes wird noch einmal der Standpunkt der Reichsregierung betont, daß die Altpensionäre an sich keinen Rechtsanspruch auf Gleichstellung mit den nach dem 1. April 1920 pensionierten Reichsbeamten haben. „Denn die rechtliche Verpflichtung des Reiches zum Unterhalt der verabschiedeten Beamten und Offiziere erschöpft sich in der Gewährung der zur Zeit des Ausscheidens erdienten Pension. Darüber hinaus beschränkt sich seine Fürsorgepflicht auf die Fälle, in denen nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse die Beamten und Offiziere mit der bewilligten Pension unter billiger Berücksichtigung der ihnen aus sonstigen Quellen zufließenden Mittel nicht auskommen können."

Aus Schlesien und den Grenzgebieten.

Unsern werten Postabonnenten

geben wir hiermit bekannt, daß die Post das Bestellgeld für den Abtrag des „Auraser Stadtblattes" durch den Briefträger vom neuen Vierteljahre ab nicht mehr von den Lesern, sondern vom Verleger des Blattes einzieht, und daß die Zeitung allen Postabonnenten, ohne Ausnahme, ins Haus gebracht wird. Der Bezugspreis für das „Stadtblatt" beträgt deshalb vierteljährlich für alle Postabonnenten 3,15 Mark. Da künftig Zeitungen, die am Postschalter abgeholt werden, teurer sind, als wenn sie der Postbote ins Haus bringt, bitten wir unsere Postabonnenten, das „Stadtblatt" ins Haus geliefert zu verlangen!

Hochachtungsvoll

Verlag des „Auraser Stadtblattes".

Breslau. Das Schicksal des Breslauer Königlichen Schlosses. In Breslau tritt man jetzt der Frage näher, wie man das Königliche Schloß am geeignetsten verwerten könne. Der Magistrat beabsichtigt, das Schloß als Kunstgewerbemuseum einzurichten. Die Aussichten für die Erwerbung sind nicht ungünstig. — Neue Höchstgrenze für Mietssteigerungen. Der Magistrat hat beschlossen, die Höchstgrenze für Mietssteigerungen auf 40 v. H. der Friedensmiete festzusetzen. Der Beschluß bedarf der Zustimmung des Regierungspräsidenten. — Ein schlimmes Zeichen der Zeit. Während in den letzten Jahren durchschnittlich bei der Breslauer Staatsanwaltschaft 16000 Strafsachen registriert wurden, sind in diesem Jahre bereits 60000 Strafsachen in die Register eingetragen worden. Insbesondere haben sich auch die Verbrechen gegen das Leben stark vermehrt. Früher hatte sich das Schwurgericht alljährlich mit einer bis zwei Mordsachen zu beschäftigen gehabt. In diesem Jahre sind es ihrer bereits acht. — Ein großartiges Heldenstückchen Breslauer Kriminalbeamter. In der letzten Zeit haben die Pferdediebstähle auf dem Lande einen erschreckend großen Umfang angenommen. In der letzten Woche ist es nun zwei Breslauer Kriminalbeamten, den Wachtmeistern Reichelt und Wahrlich, gelungen, einige besonders raffiniert ausgeführte Pferdediebstähle in der Ohlauer und Trebnitzer Gegend aufzuklären. Es handelte sich um den Diebstahl von drei Gespannen (sechs Pferden). Die Beamten stellten fest, daß die Diebe und Hehler sie nach Polen geschmuggelt hatten. Die deutschen Grenzbehörden konnten den beiden Beamten keinerlei Hilfe zuteil werden lassen, und auch die polnischen Landräte jenseits der Grenze, die sich ja noch immer als Feinde der deutschen Behörden fühlen, verhielten sich dem Ersuchen der Beamten gegenüber ablehnend. Es gelang ihnen nun, den als Hehler in Betracht kommenden derzeitigen Besitzer der Pferde über die Grenze ins deutsche Inland zu locken und festzusetzen. Dann begaben sie sich mit einem Schmuggler bei Nacht auf abgelegenen Wegen durch Wälder etwa 40 km tief ins polnische Land. Nach nächtlicher Wanderung kamen sie in einen stark mit polnischem Militär besetzten Ort, der als Standplatz von zwei der gestohlenen Pferde vermutet wurde. Mit äußerster Vorsicht mußten sie sich in dem Orte bewegen, denn hätte man sie erkannt, wäre ihr Schicksal besiegelt gewesen. Um die Mitternachtsstunde hatten sie endlich die zwei gesuchten Pferde gefunden. Außerdem aber auch noch ein drittes, das erst am Vormittag angekommen war und das zu den sechs gestohlenen gehörte. Nachts traten sie den Rückzug an und ritten mit den Pferden dicht vor den polnischen Posten vorbei über die Grenze. Mit Hilfe des Schmugglers hatten sie in Polen die Spuren der Hehler und Diebe gefunden, und sie konnten feststellen, daß sich noch drei Pferde auf deutschem Gebiete befanden. Es kamen für die Diebstähle ein und dieselben Täter in Frage. Während sie auf der Chaussee mit einem Wagen sich nach einem Orte begaben, wurde ihnen ein auf einem Rade des Weges kommender Mann als einer der Hehler bezeichnet. Als letzterer merkte, daß man ihm auf der Spur war, nahm er Reißaus. Es begann nun eine wilde Jagd zwischen dem Gefährt und dem Radfahrer, doch erwies sich letzterer als der Schnellere. Da kam den Beamten ein anderer Radfahrer entgegen, dieser mußte absteigen, und ein Wachtmeister nahm nun die Verfolgung auf diesem Rade auf. Es entspann sich zwischen den beiden Radfahrern ein Wettrennen, bis schließlich der Verbrecher Kettenriß erlitt und die Flucht aufgeben mußte. Die Diebe konnten alsbald festgesetzt werden. Man fand bei ihnen noch einen Elektromotor und zwei Kraftfahrräder. Die Pferde konnten sämtlich den bestohlenen Besitzern zurückgegeben werden. Die Beamten waren im ganzen sechs Tage unterwegs gewesen und hatten einen Teil davon, besonders die Nächte, im Freien schlafend zubringen müssen.

Frankenstein. Einer Kohlenoxydgasvergiftung fiel der hier zu Besuch weilende Kaufmann Ulmann aus Breslau, der zu Weihnachten hier seine Verlobung feiern wollte, zum Opfer. Der Buchhalter Vogt wurde im Nebenraume bewußtlos vorgefunden, doch scheint er mit dem Leben davonzukommen.

Freiburg. Wegen Beschimpfung der katholischen Kirche hatte sich der freireligiöse Lehrer Franz Faulhaber vor der Schweidnitzer Strafkammer zu verantworten. Faulhaber richtete am 27. Mai im „Freiburger Boten" an den Koplan Weiß einen offenen Brief, in dem er die katholische Kirche als ein „Riesenlabyrinth von Unwahrhaftigkeit, Falschheit, Hinterlist, Betrug und Lüge bis zum Meineid" bezeichnete. In Dittersbach hielt Faulhaber eine Rede gegen den Ablaß und am 2. August sprach er in einer öffentlichen Freidenkenden-versammlung in Königszelt im Zusammenhang mit einer Kritik des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis von einem „gefallenen Mädchen". Der Gerichtshof erkannte Faulhaber wegen des offenen Briefes und der Aeußerungen in der Königszelter Rede des Religionsvergehens schuldig und verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte vier Monate beantragt.

Glogau. Kommunales. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde die Einrichtung einer Stadtbank beschlossen. Aus den Gewinnen will die Stadt besonders die Errichtung neuer Wohnhäuser unterstützen. So ist z. B. daran gedacht, Neubauten bis zu 90 Prozent des Bauwertes durch die Stadt zu beleihen, um der privaten Bautätigkeit die Wege zu ebnen. Ferner kamen die neuen Steuervorlagen zur Erledigung. Zur Deckung der Fehlsummen wurde beschlossen, die reichssteuerfreien Einkommensteile zur Hälfte zu besteuern, nur die unverheirateten Personen mit einem Einkommen von mehr als 6000 Mark werden voll besteuert. Außerdem wird eine städtische Wertzuwachssteuer eingeführt.

Görlitz. Fremdensteuer. Der Magistrat will infolge der schlechten finanziellen Lage der Stadt eine Fremdensteuer einrichten und erwartet von dieser neuen Steuer einen jährlichen Ertrag von 60—70000 Mark. — Räubereien. Der Arbeiter Max Kratzer wurde auf dem Wege nach Ebersbach, in der Nähe der Eisenbahnbrücke, von zwei bewaffneten Wegelagerern überfallen, die ihm eine Brieftasche mit 4000 Mark Inhalt entwendeten. — Auf dem hiesigen Güterbahnhof wurde einem Manne von zwei jungen Burschen im Alter von 17 bis 19 Jahren ein landwirtschaftlicher Kalender, in dem sich 4000 Mark in 50- und 5 Mark-Scheinen befanden, gestohlen. — In dem Delikatessengeschäft des Waren-Einkaufs-Vereins am Postplatz wurde ein Einbruch verübt, wobei außer Wechselgeld noch 1000 Mark in bar und Eßwaren gestohlen wurden. Durch die Aufmerksamkeit eines Straßenpassanten gelang es, zwei Einbrecher zu verhaften, während der dritte mit dem Gelde entkam. — Ein Kutscher, der im Hause des Schokoladenfabrikanten Kökeritz wohnt, hat in Gemeinschaft mit einem Arbeiter für viele tausend Mark Schokolade gestohlen und in den Straßen der Stadt verkauft. — Waffenfunde. Der wichtigste Punkt der letzten Stadtverordnetensitzung war eine längere Aussprache über eine Interpellation über die Entwaffnungsfrage. Sie lautete: „Ist es zutreffend, daß in der Stadt Görlitz geheime Waffenlager ausgehoben wurden? Welche Bürgschaften können Magistrat und Polizeiverwaltung geben, daß in der Stadt Görlitz keine geheime Waffenlager vorhanden sind?" Stadtv. Opitz brachte alle die Fälle zur Sprache, in denen Waffenlager ausgehoben wurden: so u. a. in der Villa Köhler hinter der Melanchthonschule 20 Gewehre, 20 Karabiner, 3 Maschinengewehre, 6000 Schuß Munition und 75 Handgranaten. Bei Dehmisch in Ludwigsdorf wurden 30 Gewehre, 6 Maschinengewehre, 400 Schuß Infanteriemunition und 400 Handgranaten beschlagnahmt. In Lauterbach bei Seidel wurden unter der Tenne vergraben gefunden: 50 Gewehre, 3 Maschinengewehre, 3000 Schuß Infanteriemunition und 50 Handgranaten usw. Stadtrat Vieberg erwiderte, daß diese Angaben zwar richtig seien, aber die 60 schweren Minenwerfer, die in der Maschinenbauanstalt untergebracht sind, seien bereits von der englischen Regierung beschlagnahmt worden. Es werde alles getan werden, um die geheimen Waffenlager auszuheben. — Pastor Braune †. Hier starb im Alter von 86 Jahren der Pastor Braune, der langjährige Hauslehrer der Kinder Bismarcks, der erst kürzlich im Verlage von Teubner seine geschichtlich sehr interessanten Aufzeichnungen veröffentlicht hat.

Grottkau. An Schieber verkaufte ein Gutsbesitzer in Petersheide ein schweres, fettes Schwein für 8000 Mark. Nachdem die Schieber mit dem Borstentier im Lastauto verschwunden waren, wurde festgestellt, daß die 8000 Mark aus falschen Fünfzigmarkscheinen bestanden. — Schlachthauskauf. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde über den Ankauf des Schlachthauses und der Einrichtung der ehemaligen Kreisschlächterei verhandelt. Der Preis beträgt 82000 Mark, außerdem sind zehn Fleischermeister für jede Schlachtstätte mit 4800 Mark zu entschädigen. Hierzu treten noch die Kosten für einen Acker, so daß im ganzen 134000 Mark aufzubringen sind. Da schon seit 12 Jahren die Uebernahme des Schlachthauses geplant und das Angebot ein günstiges ist, so wurde der Magistratsantrag einstimmig angenommen.

Hermsdorf a. K. Todesfall. Am 12. d. M. ist hier der Kommerzienrat Dr. Georg Kaufmann, Vorsitzender der Schweidnitzer Handelskammer, im Alter von 58 Jahren gestorben.

Hirschberg. Zuckerentziehung. Der Kreisausschuß hat beschlossen, von der Sonderverteilung von Weihnachtszucker alle diejenigen Landwirte auszuschließen, die mit ihrer Butter- und Milchlieferung im Rückstande sind. — Verschiebung von Heerespferden. Beamten der Erfassungsabteilung des Reichsschatzministeriums in Liegnitz gelang es, in Hirschberg und Umgebung eine geplante größere Verschiebung von Heerespferden zu verhindern. Soviel wir erfahren haben, war beabsichtigt, 10 Heerespferde zu verkaufen, ohne daß die zuständigen Stellen von dem Vorhandensein überhaupt unterrichtet waren. Es ist gelungen, bisher sieben Pferde wieder zu erfassen, während von den anderen Pferden zwei den Besitzern in der Hirschberger Umgegend, bei denen sie untergebracht waren, gestohlen worden sein sollen. In die Angelegenheit sind Angehörige des früheren Jägerbataillons 5 verwickelt.

Kattowitz. Mord. Der Fleischermeister Orlinsky aus Michalkowitz wurde in einem Abteil 4. Klasse eines Eisenbahnzuges ermordet. Zehn polnische Agitatoren, die Orlinsky kannten und offenbar verfolgten, gerieten mit ihm in einen Wortwechsel. Schließlich griffen sie Orlinsky, der aus seiner deutschen Gesinnung kein Hehl machte, an, warfen ihn zu Boden und bearbeiteten ihn mit Messern, wobei sie ihm die Därme zerschnitten. Zwischen Kattowitz und Bogutschütz warfen sie dann den zu Tode Verwundeten aus dem Zuge. Bald darauf fand man den Unglücklichen, der schon nach wenigen Stunden starb. — Ein Kaiserdenkmal gesprengt. Vergangenen Montag früh 5 Uhr wurde das Doppeldenkmal der beiden Kaiser Wilhelm und Friedrich auf dem Wilhelmsplatz durch eine Dynamitbombe gesprengt und völlig zerstört. Bereits in der Nacht zum Sonntag war versucht worden, das Denkmal zu sprengen, was aber infolge des Erlöschens der Zündschnur mißlang. Wie aus Nikolai mitgeteilt wird, haben auch dort Denkmalsstürmer das Denkmal Kaiser Wilhelms am Marktplatz vom Sockel herabgeholt.

Kruppamühle. Ueberfall. Hier wurde der Kassenbeamte Kowarsch von mehreren Banditen überfallen, mit Erschießen bedroht und dann eines zur Löhnung bestimmten Geldbetrages von 5300 M. beraubt.

Lauban. Die Veruntreuungen auf dem Bahnhofe ziehen immer weitere Kreise. Nachdem schon eine größere Anzahl von Verhaftungen vorgenommen worden sind, sind am Freitag und Sonnabend sieben neue Verhaftungen erfolgt. Unter den Verhafteten befinden sich auch Beamte mit langer Dienstzeit.

Liegnitz. Ein ganzes Warenlager gestohlener Gegenstände, zu deren Fortschaffung ein Möbelwagen notwendig war, wurde in der Wohnung des Haushälters August Senftleben ausfindig gemacht. Senftleben war seit Jahren bei der Firma L. Wolf Söhne in der Frauenstraße angestellt und genoß das vollste Vertrauen seiner Firma. Wohnung und Boden des Diebes glichen einem Warenlager. — Eisenbahn-Räubereien. Ein großer Eisenbahnerprozeß beschäftigte die Strafkammer in vielstündiger Verhandlung gegen elf Angeklagte aus Jauer wegen schweren fortgesetzten Diebstahls und Hehlerei. Hauptangeklagter war ein gewisser Fritz Brey aus Bunzelwitz bei Schweidnitz, der, im Sommer 1919 vom Grenzschutz entlassen, sich nunmehr arbeitslos umhertrieb und auf dem Bahnhof Königszelt seine Räubereien begann. Nachher wählte er Jauer als Ausgangspunkt und pendelte zwischen Jauer und Striegau hin und her. Jedesmal wurde der Eilgüterzug als Beraubungsobjekt benutzt, die geraubten Stoffe, wie Barchent, Nessel, Leinwand, Taschentücher, wurden immer in größeren Ballen an der bestimmten Stelle zwischen den Baden 139 und 140 abgeworfen und von zwei Schrankenwärtern geborgen. Für Absatz der gestohlenen Waren sorgten Privatpersonen aus Jauer, die sich zum Teil auch an den Diebereien beteiligten. Das Urteil lautete gegen Brey unter Einrechnung einer einjährigen Gefängnisstrafe von früher her 3½ Jahr Zuchthaus, 5 Jahr Ehrverlust; Brunnenbauer Georg Köbe wegen schweren Diebstahls 1½ Jahr Gefängnis; Martin Rössner, früh. Kaufmann, jetzt Restaurateur, wegen schweren Diebstahls 2 Jahre Gefängnis; Arbeiter Erich Schleger wegen schweren Diebstahls 2½ Jahre Gefängnis; Schrankenwärter Gustav Scharf wegen Hehlerei 2 Jahre Gefängnis. Die andern kamen mit geringen Strafen weg, einer wurde freigesprochen. — Unterschlagungen sind im Rentamt in Klein-Wandriß (Kreis Liegnitz) durch den Rentmeister und Inspektor verübt worden. Hierzu teilt der Besitzer, Baron v. Richthofen, mit, daß auf seine Veranlassung eine außerordentliche Revision der Landwirtschaftskammer stattfand, welche Unterschlagungen in Höhe von zirka 200000 M. feststellte. Es wurde weiter festgestellt, daß große Mengen über den Höchstpreis ohne Wissen des Besitzers verkauft worden sind, welche aber nur mit den Höchstpreisen verbucht wurden. Der über den Höchstpreis erzielte Mehrerlös ist in die Taschen der ungetreuen Beamten gewandert. — Prämien für Wegzug. Die hiesige Stadtverordnetenversammlung genehmigte eine Vorlage des Magistrats, wonach von der Stadt Prämien an solche Bewohner gezahlt werden sollen, die eigens deshalb von Liegnitz wegziehen, um Wohnräume freizumachen. Bei dieser Gelegenheit wurde mitgeteilt, daß keine andere Stadt soviel Flüchtlinge aufzunehmen gehabt habe, wie Liegnitz. — Patronenschiebungen. Größere Posten Patronen sind von hier nach Polen verkauft worden. Als Täter kommen in Betracht und sind bereits verhaftet worden zwei Angestellte des Hauptversorgungsamts, ferner ein Kaufmann, sowie ein Feldwebel der Reichswehr. Die Affäre spielt auch nach Neusalz an der Oder und Glatz hin. In Kontopp, von wo aus die Patronen über die nahe polnische Grenze verschoben worden sind, hatte der Hauptschmuggler seinen Sitz.

Lipine. Fidele Sitzung. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung kam es zu einem aufregenden Vorfall. Der früher der Zentrumspartei angehörende und später zu den Polen übergetretene Gemeindevertreter Bäckermeister Potyka griff im Verlaufe seiner Ausführungen, in denen er andere Gemeindevertreter beschimpfte und beleidigte, plötzlich zu einem schweren Aschenbecher und schleuderte ihn mit aller Wucht auf den in der Nähe sitzenden Maiysiap. Der Angegriffene wich dem Wurf geschickt aus und blieb so ohne Verletzung. Die Sitzung wurde sofort unterbrochen.

Löwenberg. Ein geprellter Wucherer. In dunkler Morgenstunde kam ein auswärtiges Auto nach H. Der Autobegleiter wünschte „hintenherum" Weizen zu kaufen und bot 600 M. pro Zentner. Ein Besitzer „verkaufte" 15 Zentner. Er trug die Säcke vom Boden herunter zum Auto, wo der Weizen von den Autoleuten verstaut wurde. Als der Besitzer nun nach dem 15. Sack war, fuhr das Auto auf und davon. Der geldgierige Wucherer hat das Nachsehen, da er die „Käufer" gar nicht kannte.

Lublinitz. Überfall. Auf dem Nachhausewege wurden der Bruder des Kaufmanns Wiezorek und der Eisenbahngehilfe Rodewald sowie der Müller Wilhelm Wechoczek von Sokols überfallen und beschossen. Wiezorek wurde getötet, Rodewald schwer verwundet und der dritte durch Steinwürfe verletzt.

Mühlseiffen. Zu dem Einbruch in der Scholtisei wird gemeldet: Der Einbrecher drang in die im oberen Stockwerke gelegene Schlafstube. In einer eisernen Kassette befanden sich die Bargelder, Sparkassenbücher, Kriegsanleihe im Gesamtbetrage von zirka 60000 Mark, welche dem Einbrecher in die Hände fielen. Der Einbrecher ließ sich dann an einem Strick in den Garten hinab.

Münsterberg. Verbrannt. Die 12jährige Tochter des Arbeiters Axmann in Neualtmannsdorf goß vor dem brennenden Ofen Petroleum in die Lampe, wobei einige Tropfen des Oels auf die Schürze fielen. Diese fing sofort Feuer, und in kurzer Zeit brannten die Kleider am ganzen Körper. Die Unglückliche erlitt so schwere Brandwunden, daß sie am nächsten Morgen im Krankenhause starb.

Muskau OL. Weizenschiebung. Das Auto, das im Bunzlauer Kreise mit 50 Zentnern Weizen beschlagnahmt worden war, gehört einem pensionierten Gendarmen. Er unterhielt einen ständigen Pendelverkehr zwischen Bunzlau und Berlin.

Naumburg a. Qu. Vom Elektrizitätswerk. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, das hiesige der Firma Körting in Körtingsdorf bei Hannover gehörende Elektrizitätswerk für den Preis von 350000 M. anzukaufen.

Neusalz. Stillstand der Betriebe. Die Maschinisten, Heizer und Handwerker in der Textilindustrie der Gruppe Neusalz-Grünberg sind plötzlich in den Streik getreten. Den Anlaß dazu haben erhöhte Lohnforderungen gegeben, mit denen sich die Arbeitgeber nicht einverstanden erklärten. Die Situation ist nun so, daß die Textilbetriebe, so auch die Gruschwitzwerke, durch diesen Teilstreik einer kleineren Minderheit gezwungen werden, ganz zu schließen. Es werden dadurch Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen zur Untätigkeit verurteilt. So ruhen in Grünberg schon sämtliche Betriebe.

Neustadt. Unsere Artillerie. Der Rest des ehemaligen 2. Oberschlesischen Feldartillerie-Regiments Nr. 57 verläßt in diesen Tagen seine hiesige alte Garnisonstadt. Es war von dem schmucken Regiment, das im Weltkriege Hervorragendes geleistet hat, zuletzt nur noch die Traditionsbatterie übrig, die dem 6 Artillerie-Regiment als 12. Batterie eingegliedert worden war. Die Batterie kommt nach Schweidnitz, wo sie die 3. Batterie des Artillerie-Regiments Nr. 3 bilden wird.

Nimptsch. Von einem Wegelagerer überfallen und beraubt wurde am hellen Tage ein Kassenbote der Heidersdorfer Zuckerfabrik. Nachdem sich der etwa 24 Jahre alte Räuber dem Boten mit einigen harmlosen Fragen genähert hatte, versetzte er ihm plötzlich einen heftigen Schlag auf den Kopf. Gleichzeitig entriß er ihm die Geldtasche mit 50000 M. Inhalt, schwang sich auf das Rad und fuhr eiligst davon. — Eine unangenehme Entdeckung machte am frühen Morgen der Gutsbesitzer Siegert in Tomnitz. Diebe hatten in der Nacht dem Stalle einen Besuch abgestattet und drei fette Schweine gestohlen, die im Garten abgeschlachtet wurden.

Oels. Große Betrügereien und Unterschleife sind in der Einkaufsgenossenschaft Oelser Kaufleute aufgedeckt worden. Der bei der Genossenschaft angestellte Handlungsgehilfe R. hat das ihm geschenkte Vertrauen in der gröbsten Weise mißbraucht, indem er Gelder, die zur Begleichung von Rechnungen über Lieferungen an Obst usw. dienen sollten, unterschlug, große Mengen Waren verkaufte und den Erlös für sich verbrauchte. Ganze Fässer mit Heringen, Kübel Margarine und Marmelade, Wein, Schnaps, Schokolade, Reis und andere Lebensmittel, die heute bekanntlich einen überaus hohen Wert darstellen, wurden zu Spottpreisen verschleudert. Der Hauptabnehmer R.'s war ein in einer hiesigen Lederhandlung beschäftigter Handlungsgehilfe N., der als Hehler mit den gestohlenen Waren einen schwunghaften Handel betrieb. Es werden aber auch die Namen einiger hiesiger Geschäftsleute genannt, die Heringe und sonstige Lebensmittel erwarben, obwohl sie sich hätten sagen müssen, daß die Verkäufer nicht auf redliche Weise in deren Besitz kommen konnten. Das unehrlich verdiente Geld scheint von den Hauptbeteiligten zumeist in leichtsinniger Gesellschaft verbracht worden zu sein. Auch ein hiesiger Kolonialwarenhändler wurde von einem seiner Gehilfen, der zu der ganzen Gesellschaft gehörte, ausgiebig bestohlen. In dem Zimmer des letzteren fand man u. a. außer allen möglichen entwendeten Waren allein 18 geleerte Flaschen Eierkognak. — Vom Landratsamt. Der Regierungspräsident hat den Regierungsreferendar Dr. v. Busse mit der Verwaltung des Landratsamtes Oels beauftragt.

Sagan. Verhaftet wurde der Schreiber Lißka im hiesigen Kreishause, der über 6500 Zuckermarken entwendet und zu hohen Preisen verkauft hat.

Salzbrunn. Großes Aufsehen erregt die in Nieder-Salzbrunn erfolgte Verhaftung des Bahnspediteurs Ernst Pohl, dessen Hausgrundstück im Frühjahr von einem erheblichen Brande betroffen wurde. Er wird beschuldigt, das Feuer selbst vorsätzlich angelegt zu haben, nachdem er zuvor die Dielen des Bodens mit Brennstoffen getränkt hatte.

Schweidnitz. Geständnis. Zu der Bluttat auf dem Dominium Gronau, bei welcher der Großknecht Hermsdorf in bestialischer Weise abgeschlachtet wurde, ist weiter zu melden, daß nunmehr seine Ehefrau ein umfassendes Geständnis ablegte, wonach sie selbst den Mord ausgeführt hat.

Waldenburg. Egmont von Thielsch ist in Reußendorf gestorben. Er war insbesondere Inhaber der großen Glasfabrik in Altwasser, aber auch mit vielen anderen Großunternehmen in Mittelschlesien eng verbunden. Für seine kommerziellen Verdienste und seine unermüdliche Förderung von Handel und Industrie wurde er durch Verleihung des Adelstitels ausgezeichnet. — Vom Landratsamt. Der Minister hat dem Landrat Schütz in Waldenburg zur Hilfeleistung in den landrätlichen Dienstgeschäften den Regierungsassessor Gwinner zugeteilt.

Zwei Frauen.

Roman von H. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

17] (Fortsetzung).

Sie funkelte ihn bös an.

„Du wirst dich dennoch an meine Gegenwart gewöhnen müssen. Mit dieser Lappalie lasse ich mich nicht abspeisen. Ich bleibe so lange, bis du mich entsprechend abfindest. Eine Törin wäre ich, wollte ich mich so einfach beiseite schieben lassen. Ich bin ohne Engagement und der Erholung dringend bedürftig. Und nochmals — ich denke nicht daran, abzureisen. Damit Punktum."

Es lag ein unbeugsamer Entschluß in ihren Worten. Norbert fuhr sich mit einer verzweifelten Geberde durchs Haar. Aber er sah ein, daß er dieser Frau gegenüber momentan machtlos war. Mit Gewalt konnte er sie nicht entfernen. Und er war jetzt keines klaren Gedankens mehr fähig. Seine Nerven waren angespannt bis zum Zerreißen, und sein Herz blutete in Gedanken an Annelies, die er vor diesem Schmerz nicht hatte behüten können. Mit einer düsteren Entschlossenheit warf er den Kopf zurück. Es war ja nun doch alles aus. Annelies mußte ihn ja verachten und ihm zürnen. Und das ganze Leben galt ihm nichts, wenn er nicht ihre Verzeihung erringen konnte.

„Also bleib," sagte Norbert endlich düster und erschöpft. „Wenn du es durchaus willst, muß ich mich fügen. An ein gemeinsames Leben zwischen uns ist natürlich nicht zu denken. Ich werde dir aus dem Wege gehen, wie und wo ich kann. Deine Mahlzeiten mußt du allein einnehmen, ich werde auf meinem Zimmer speisen. Gibt es einen Skandal — so muß ich's tragen. Mir ist jetzt alles eins. Gottlob habe ich noch nirgends Besuche gemacht, und werde es selbstverständlich auch jetzt nicht tun. Habe ich all die Jahre als Einsiedler gelebt, so wird es auch weitergehen."

Sie machte ein etwas unsicheres Gesicht. Daß er plötzlich einlenkte, behagte ihr durchaus nicht. Sie hätte lieber die Verhandlung fortgeführt, bis sie ihr Ziel erreichte.

„Nun — mit der Baronesse Falkenau wirst du doch weiter verkehren wollen?" fragte sie unruhig; denn es lag ihr nach allem viel daran, daß es zwischem ihrem Manne und der Baronesse nicht zum Bruch kam. Er sah sie groß an.

Mein Wille ist da ganz machtlos. Wie ich Baroneß Falkenau kenne, wird sie in Zukunft einen Verkehr zwischen Falkenau und Neulinden nicht wünschenswert finden. Und das kann ich sehr wohl verstehen. Ich werde morgen nach Neulinden gehen, um der Baronesse und Fräulein von Haldensleben eine volle Beichte abzulegen. Sie sollen nun ganz klar sehen in dieser Angelegenheit. Und ich kann dabei weder dich, noch mich schonen. Ich selbst werde dann die Damen bitten, jeden Verkehr mit Falkenau in Zukunft zu vermeiden, ich kann und darf sie nicht einer neuen Begegnung mit dir aussetzen."

Sie verzog das Gesicht höhnisch.

„Mein Gott — hab dich nur nicht so mit dieser blonden Aristokratin. Sie ist ja auch nur ein Mensch. Und ihre Tugendhaftigkeit und Reinheit wird ja nicht gleich in die Brüche gehen, wenn sie mit mir verkehrt. Im übrigen reiße ich mich weder um ihre Gesellschaft, noch um die der komischen alten Jungfer. Also bitte, tue, was du nicht lassen kannst. Gehe nach Canossa und tue Buße, schildere mich als ein Ungeheuer und lasse dich bemitleiden. Und sag' dem Baroneßchen, daß ich bereit bin, dich ihr abzutreten. Vielleicht ist sie vernünftiger als du und zahlt den Preis. Daß ich dich teuer verkaufe, kann dir doch nur schmeichelhaft sein."

Er ballte die Hände in ohnmächtigem Zorn.

„Du gestattest, daß ich mich zurückziehe. Ich werde dir Zimmer anweisen lassen. Deine Wünsche bezüglich der Bewirtung kannst du der Dienerschaft mitteilen. Soweit sie in den Rahmen meiner Häuslichkeit passen, werden sie berücksichtigt werden," sagte er schnell und hastig.

Und dann verneigte er sich kurz und ging hinaus.

Sie sah ihm eine Weile verblüfft nach. Dann sprang sie auf und ging nachdenklich auf und ab. Am Teetisch blieb sie stehen und knabberte von den kleinen Kuchen, Tante Krispinas Lieblingsgebäck. Sie hatte Hunger und war schlecht gelaunt. Es ging nicht alles nach ihrem Wunsch.

Ein vergnügliches Leben würde sie hier nicht führen, das war klar. Aber vorläufig ließ sich daran nichts ändern, wenn sie nicht klein beigeben wollte. Und daran dachte sie gar nicht. Wenn Norbert die reiche Erbin heiraten wollte, dann sollte er sie auch entsprechend abfinden. Sie würde mit der Zeit schon ihr Ziel erreichen. Mochte er sich nur erst einmal mit seinem Baroneßchen aussprechen und zur Vernunft kommen. Wenn man der Baronesse nur einen Wink geben könnte! Sie würde kaum so schwerfällig sein, wie Norbert. Frauen sind viel praktischer. Das war ihre Überzeugung.

* * *

Norbert war mit hastigen Schritten in sein Arbeitszimmer gegangen. Als er dort allein war, blieb er eine Weile wie erstarrt stehen und preßte die Hände vor das Gesicht.

„Annelies — Annelies — daß ich dir das nicht ersparen konnte," stöhnte er in tiefster Seelenqual.

Mit einem tiefen Seufzer ließ er dann seine Hände schlaff herabfallen und sah gramvoll vor sich hin. Dann schritt er langsam zur Klingel. Eine tiefe Bitterkeit lag auf seinen Zügen und trostlos sah er in die Zukunft.

Auf sein Klingelzeichen erschien Hermann sehr schnell. Er war sehr neugierig, was der überraschende Besuch der schönen Dame zu bedeuten hatte.

„Rufen Sie mir Mamsell Hegelein," gebot Norbert.

Hermann verschwand mit einer Verbeugung. Er mußte Mamsell Hegelein einige Andeutungen gemacht haben, daß irgend etwas Ungewöhnliches in der Luft lag, denn Mamsell sah sehr erwartungsvoll aus, als sie bei ihrem Herrn eintrat.

Norbert sah sie unsicher an.

„Mamsell — wie lange sind Sie hier im Hause?" fragte er, sich über die Stirn fahrend.

„Seit zwanzig Jahren, gnädiger Herr Baron," antwortete Mamsell Hegelein verwundert.

Norbert holte tief Atem.

„Zwanzig Jahre — ja — ich weiß. Ihr verstorbener Herr rühmte mir einmal früher, als Baron Joachim noch lebte, Ihre Treue und Ergebenheit."

Mamsell bekam feuchte Augen.

„Unser seliger Herr Baron, ach, er war ein guter, edler Herr. Und eine schöne Zeit ist es gewesen, als unser junger Herr noch lebte und der gnädige Herr Baron hier aus- und eingingen, wie ein Sohn vom Hause. Da war meine gnädige Herrschaft so froh. Unsere selige Frau Baronin kam immer zu mir in die Küche und sagte: „Mamsell, nun müssen Sie wieder alle Leibspeisen für die jungen Herren kochen, sie kommen morgen." Ach ja, und unser Baroneßchen, die sprang dann singend und lachend durch das ganze Haus. Ja, damals war es schön in Falkenau."

Norbert nickte.

„Ja, Mamsell, wunderschön. Und Sie haben Leid und Freud mit Ihrer Herrschaft getragen in großer Treue."

„Das war meine Pflicht, gnädiger Herr Baron, aber mein Herz war auch all dabei."

„Mamsell, ich brauche jetzt auch eine treue, ergebene Person. Wollen Sie mir das sein?"

„Aber ja, gnädiger Herr Baron, aber ja, das bin ich all schon. Der gnädige Herr Baron können mich auf jede Probe stellen."

„Das will ich gleich tun, Mamsell. Hören Sie mich an, ich muß ihnen etwas anvertrauen. Es ist vorhin ganz unerwartet eine Dame angekommen — die Baronin Falkenau. Diese Dame — ist meine Frau, Mamsell, aber ich bin in Unfrieden mit ihr, und wir leben seit Jahren getrennt. Wider meinen Willen ist sie plötzlich hierher gekommen und will nicht wieder fortgehen, obwohl ich mich von ihr scheiden lassen will. Das ist nun für mich eine sehr schlimme Situation, und Sie, liebe Mamsell, müssen mir helfen, daß sie für mich erträglich wird. Ich will der Baronin so wenig wie möglich begegnen. Dies alles braucht aber nicht Anlaß zu allerlei Gerede zu geben. Ich rechne auf Ihre taktvolle Vermittelung, Mamsell. Weisen Sie der Baronin einige von den Gastzimmern an, die drüben auf der andern Seite liegen. Und geben Sie ihr eines der Mädchen zur Bedienung, auf das man sich verlassen kann. Übernehmen Sie, bitte, selbst soviel wie möglich den direkten Verkehr mit der Dame. Ihre Wünsche und Befehle sollen berücksichtigt werden, soweit sie ihre eigene Person betreffen und sich unserem Haushalt anpassen. Alles andere ist mir erst zu melden. Ich weiß, Mamsell, daß ich Ihnen da eine Last aufpacke, Sie haben ohnedies genug zu tun. Aber ich bin auf Sie angewiesen. Und ich hoffe, der Aufenthalt der Frau Baronin wird nicht von langer Dauer sein."

Mamsell Hegelein war vor Überraschung und Schrecken abwechselnd blaß und rot geworden und schnappte nach Luft, als sei sie am Ersticken. Aber als er zu Ende war, konnte sie doch stammeln:

„Gnädiger Herr Baron können sich ganz auf mich verlassen. Ich — ja — ich weiß nun schon, was ich zu tun habe, ist schon all in Ordnung."

Resolut und energisch, wie sie war, fand sie sich auch wirklich schnell in der heiklen Situation zurecht. Sie tat noch einige kurze, sachliche Fragen und versprach, ihr Möglichstes zu tun, um ihrem Herrn Unannehmlichkeiten zu ersparen.

Norbert bat sie, sich nun sofort in den blauen Salon zu begeben und sich nach den Wünschen der Baronin zu erkundigen. Wahrscheinlich sei auch deren Gepäck aus der Stadt zu holen. Und er bat sie nochmals, Aufsehen zu vermeiden.

Mamsell verschwand mit der Versicherung ihrer unbedingten Ergebenheit. Wenn sie auch nicht sah, daß sich ihr Herr, als er allein war, in dumpfer Verzweiflung auf den Divan warf, so machte sie sich doch ihren Vers auf die ganze Angelegenheit.

Wie alle Getreuen in Falkenau, hatte auch sie gehofft, daß ihr Baroneßchen eines Tages wieder als Herrin in Falkenau einzog. Deshalb war sie nicht wenig erschrocken, als sie von ihrem Herrn vernahm, daß er eine Frau besaß. Aber der Ton, in dem er von ihr sprach, beruhigte sie einigermaßen wieder. Wenn er sich von ihr scheiden ließ, dann war ja noch nicht alle Hoffnung verloren.

Aber schon ehe Mamsell die hereingeschneite Baronin sah, hatte sie eine Antipathie gegen sie. Noch gründlicher mißfiel sie ihr, als sie ihr gegenüberstand und nach ihren Befehlen fragte. Daß Gott erbarm — die hatte ja Puder und Schminke pfundweise auf dem Gesicht. Und parfümiert hatte sie sich, daß einem übel von werden konnte. Ueber Himmel, wie war denn ihr Herr Baron an so eine Frau geraten? Mit schier steinernem Gesicht nahm sie Lenas Wünsche entgegen. In Eile setzte sie die Zimmer für sie instand. Sie wählte die jenigen, die am entferntesten von denen ihres Herrn lagen, und dann führte sie die Baronin selbst hinauf, brachte ihr auch selbst einen Imbiß. Mit dem Gepäckschein in der Hand verließ sie dann vorläufig die Baronin, um einen Wagen nach dem Bahnhof in die Stadt zu senden, der das Gepäck abholen sollte. Dann nahm sie sich eine der Mägde vor, die sie zur Bedienung der Baronin bestimmte, und gab ihr Instruktionen.

Gegen niemand von der Dienerschaft erwähnte sie etwas davon, daß die Frau Baronin, die zu Gaste in Falkenau weilte, die Gattin des Herrn Barons sei, und wenn einer der Domestiken in Zukunft eine neugierige Frage tat, dann sagte sie barsch:

„Das geht uns all gar nichts an, da haben wir unsere Nase nicht hineinzustecken. Und wer in Falkenau seinen guten Posten behalten will, der soll sich damit zufrieden geben." Nur zu Kollermann, mit dem Mamsell manchmal nach Feierabend ein Schwätzchen zu halten pflegte, machte sie ihrem Herzen Luft. Diese beiden Getreuen hatten keine Geheimnisse voreinander und wußten, daß jeder von ihnen seiner Herrschaft ergeben war.

„Nee, nee, Herr Inspektor, so 'ne Baronin können wir in Falkenau nicht gebrauchen. Da möchte man drei Kreuze machen. Das haben wir zwei uns all ganz anders gedacht, nicht wahr?" sagte sie bekümmert. Kollermann war auch wie aus den Wolken gefallen. Und noch ehe er die Baronin gesehen hatte, war sein Herz voll Grimm gegen sie. „Davon soll uns man der liebe Gott erlösen, wie von dem Lackstiebelmusjö. Geschminkte Weiber können wir hier wirklich nicht gebrauchen. So etwas verpestet uns bloß unsere gute Falkenauer Luft," sagte er wütend, als er sie das erstemal zu Gesicht bekommen hatte.

Norbert hatte eine furchtbare Nacht hinter sich. Er konnte nicht eine Minute Schlaf finden. Der Gedanke an Annelies und das, was sie um ihn leiden mußte, brachte ihn fast von Sinnen. Am liebsten wäre er noch gestern abend nach Neulinden gefahren oder geritten, um mit ihr zu sprechen. Aber er fürchtete, abgewiesen zu werden. Er wußte nur zu gut, daß Annelies bis ins Innerste getroffen aus Falkenau geflohen war, und daß er ihr Zeit lassen mußte, sich zu fassen.

Unaufhörlich grübelte Norbert darüber nach, wie er von Lena loskommen konnte. Geld war das einzige, womit er sich lösen konnte, das sah er ein. Aber sie hatte das, was er ihr geboten, eine Lappalie genannt. Und mehr als sein ganzes Einkommen konnte er doch nicht bieten — mehr hatte er ja leider nicht zu vergeben. Es war also keine Aussicht für ihn, sich auf diese Weise von ihr zu befreien.

Verzweifelt machte er sich die bittersten Vorwürfe, nicht schon längst die Scheidung angestrengt zu haben, so lange noch eine Möglichkeit war, frei zu kommen. Und ebenso große Vorwürfe machte er sich, Annelies nicht gebeichtet zu haben, so lange es noch Zeit war.

Nur halfen ihm jetzt diese Vorwürfe nicht einen Schritt vorwärts. Am frühen Morgen ließ er Kollermann zu sich rufen und gab ihm eine kurze Erklärung über die Ankunft seiner Frau. Kollermann sah ihn ehrlich betrübt an.

„Dann hilft das nichts, Herr Baron, dann müssen Sie sich wohl in Geduld fassen, bis Sie das Weibsbild — entschuldigen Sie — aber ich meine man, — die Frau Baronin — wieder los werden. Sie haben, mit Respekt zu sagen, nun mal 'ne heftige Dummheit gemacht, daß Sie ihr ins Garn gegangen sind. Na — und so was läßt nicht los, ohne daß es Wunden gibt. Ich wünschte, sie säße auf dem Blocksberg. Da gehört so 'ne Sorte hin. Na ja, ich sag's raus, wie es ist. Nichts für ungut — aber es grämt mich, daß — nun ja — daß so ein schlechtes Weib das Glück von zwei Menschen zuschanden macht. Ich bitte um Entschuldigung — das ist ja wohl nicht meine Sache —, aber wenn man so zusehen muß — nee, nee — da läuft einem die Galle über. Aber wenn ich Ihnen einen Rat geben darf, Herr Baron, — dann fahren Sie man schleunigst in die Stadt zum Herrn Doktor Bruckner und geben Sie dem die ganze Sache in die Hand. Der haut Sie raus, wenn's überhaupt möglich ist, das ist ein scharfer, schneidiger Herr. Na, und mit Zartgefühl und so 'ne Finessen, da ist ja wohl hier nichts zu machen. Wenn eine so aufdringlich und schamlos ist — dann ist alles gleich, das sage ich. Sie allein können da nicht gegen an, da sind Sie ein viel zu nobler Charakter dazu. Das ist ja gut im Verkehr mit honetten Leuten. Hier ist wasanderes nötig, mit Verlaub. Und das ist so meine Ansicht von der Sache".

So sagte Kollermann, zwischen Ärger, Mitleid und Zorn schwankend. Norberts blasses, zerquältes Gesicht machte ihn wild. Und wenn er erst an sein Baroneßchen dachte — da fuhr es ihm kalt über den Rücken. Er wußte nur zu gut, wie es um sie stand. Wenn man so ein junges Menschenkind vom ersten Schritt an, den es ins Leben tut, mit behütet und gehegt hat, dann ist es nicht schwer, ihm ins Herz zu sehen, zumal wenn man durch zwei so klare, blanke Fenster gucken kann, wie seines Baroneßchens Augen waren.

Es war ja nicht recht vom Herrn Baron gewesen, daß er nichts von seiner Frau erwähnt hatte. Aber freilich, er hatte den rechten Augenblick verpaßt — na — und nachher — du lieber Gott — man mußte ja nur gesehen haben, wie er hinter dem Baroneßchen herschaute. Da wußte man Bescheid. Er hatte es dann nicht mehr über die Lippen gebracht, und hatte wohl gehofft, schweigen zu können, bis er die andere los war. Jedenfalls hatte Lena nun schon zwei erbitterte Feinde in Falkenau, die Mamsell und Kollermann.

Mamsell Hegelein konnte sich freilich so weit beherrschen, daß sie höflich den Wünschen der Baronin nachkam. Aber Kollermann machte einen weiten Bogen, wenn er das geschminkte Gesicht und den rotbraunen Lockenbau von weitem erblickte. Nicht um die Welt hätte er ein Wort mit ihr gesprochen. —

Gegen zehn Uhr ritt Norbert nach Neulinden hinüber. Lena sah ihm vom Fenster ihres Schlafzimmers aus nach. Sie hatte sich eben erst erhoben, und war auch noch nicht in der Verfassung, sich sehen zu lassen.

Norbert warf auch keinen Blick zurück. Jeder seiner Gedanken flog voraus — zu Annelies. Er sah sehr blaß und elend aus, und sein Gesicht schien in Schmerz und Groll versteinert.

In Neulinden angekommen, traf er zuerst auf Tante Krispina, die sich wie eine treue Schildwache in der Halle aufgepflanzt hatte, fest entschlossen, niemand zu Annelies zu lassen.

Diese hatte sich gestern nach ihrer Heimkehr sofort in ihr Zimmer eingeschlossen. Sie war den ganzen Tag nicht mehr zum Vorschein gekommen. Tante Krispina brach das Herz fast vor Jammer um das arme Kind.

Heute Morgen war Annelies dann wie jeden Tag zum Frühstück gekommen. Sie schien auch ruhig und gefaßt, aber sie sah blaß und übernächtigt aus, und der Glanz der Augen war erloschen. Sie blickten starr und leblos, und auf ihrem Grunde brannten ungeweinte Tränen.

Gesprochen hatte sie nicht, und nach dem Frühstück hatte sie sich sofort in ihr Arbeitszimmer zurückgezogen, wo jetzt das Bild ihres Vaters über dem Schreibtisch hing.

Tante Krispina hätte gern ihrem Groll gegen Norbert Luft gemacht, der als unverheirateter Mann aufgetreten war und sich in Annelies' Herz geschlichen hatte. Aber beim Anblick von Annelies' blassem, starren Gesicht war ihr das Wort im Munde stecken geblieben.

Nun saß das alte Fräulein wie ein treuer Schutzgeist in der Halle, fest entschlossen, ihre arme Annelies vor jedem Überfall zu schützen. Denn sie ahnte, daß Norbert kommen würde. Er mußte sich doch wenigstens entschuldigen.

So traf Norbert Tante Krispina in sehr kriegerischer Haltung. Sie kam mit allen Zeichen der Entrüstung auf ihn zugestattert, als er die Halle betrat, und pflanzte sich vor ihm auf. Den Diener verscheuchte sie durch einen energischen Wink.

Dann reckte sie ihr zierliches Persönchen, so hoch sie konnte, und sah Norbert zornig an.

„Ich begreife nicht, daß Sie den Mut haben, nach Neulinden zu kommen nach dem, was gestern geschehen ist. Was wünschen Sie eigentlich noch hier?" sagte sie leise und vor Empörung zitternd.

Norbert blickte düster in ihre zornig funkelnden Augen.

„Bitte, halten Sie mich nicht auf, Tante Krispina, ich muß Annelies sprechen."

Sie schüttelte den Kopf, daß ihre Seitenlöckchen flogen.

„Nein, das arme Kind wird jetzt nicht weiter gequält. Und Ihre Tante bin ich gewesen, Herr Baron, daß Sie es nur wissen. Unverantwortlich haben Sie an Annelies gehandelt, jawohl, ganz unverantwortlich. Und so treuherzig haben Sie sich aufgespielt! Es ist schlecht, sehr schlecht von Ihnen. Für einen so gewissenlosen Don Juan hätte ich Sie nicht gehalten. Ich sorge mich unsagbar um das Kind, die Annelies. Sie sieht aus, daß einem das Herz brechen kann. Ah, ihr Männer, was seid ihr falsch und schlecht!"

Sie hielt erschöpft und atemlos inne. Daß sie leise sprechen mußte, erhöhte ihre Erregung.

Norbert hatte mit zusammengezogener Stirn alles über sich ergehen lassen. Kein Wort der Verteidigung kam über seine Lippen. Er suchte nur an ihr vorbeizukommen, aber sie verlegte ihm den Weg.

„Ich muß Annelies sprechen," stieß er nochmals heraus. Die Worte des alten Fräuleins kränkten ihn nicht, wußte er doch, daß sie nur der Sorge um Annelies entsprangen.

„Ich lasse Sie aber nicht zu ihr. Was meinen Sie wohl, wie es in ihr aussieht? Das war ja gestern ein Schlag ins Gesicht für sie. Jawohl, das war es. Nun wollen Sie sich wohl noch an ihrer Qual weiden? Nein — ich lasse Sie nicht zu ihr."

Er richtete sich langsam und entschlossen auf.

„Sie können mich nicht daran hindern, Annelies zu sprechen, Fräulein von Haldensleben."

Sie fuhr auf.

„Was? Fräulein von Haldensleben? Jetzt auf einmal Fräulein von Haldensleben!" rief sie heftig, ganz vergessend, daß sie sich eben das „Tante Krispina" verbeten hatte.

Er hatte keinen Sinn für ihr drolliges Gebaren. Ruhig und beherrscht fuhr er fort:

„Im übrigen werde ich von Annelies erwartet, ich habe sie um eine Unterredung gebeten, und sie hat mir gesagt, daß sie heute vormittag für mich zu Hause sein wird. Und Sie können sich um Annelies nicht mehr sorgen, als ich es tue. Bitte, sagen Sie mir, wo ich sie finde. Und halten Sie mich nicht länger auf — ich muß zu ihr. Verstehen Sie doch, daß ich ihr viel zu sagen habe. Weder Sie noch sonst ein Mensch soll mich hindern, zu ihr zu dringen. Glauben Sie denn, ich will ihr etwas zuleide tun? Ach nein — mein Herzblut gäbe ich willig hin, ihr ein Leid zu wahren."

(Fortsetzung folgt.)

Bismarcks 3. Band.

Prinz Wilhelm in Opposition. — Der entscheidende Augenblick. — Windthorsts Besuch. — Zaristische Bosheiten. — Bismarcks Abschiedsgesuch. — Charakteristik Wilhelms II.

Die Auslandspresse bringt ausführliche Auszüge aus dem in Deutschland noch durch Gerichtsbeschluß verbotenen dritten Band von Bismarcks Erinnerungen. Aus dem Inhalt sei folgendes herausgegriffen:

Das erste Kapitel: „Prinz Wilhelm" schildert die anfängliche Verehrung des Kaisers für den Kanzler, dann den rasch aufsteigenden ersten Zwiespalt noch zu Lebzeiten seiner beiden Ahnen. In einem Briefe nennt Prinz Wilhelm im Jahre 1887 den Kanzler den Mann, dessen „herrliches Werk", das Reich, noch lange vor ihm, dem Schöpfer selbst, geschützt und geschirmt werden möge. Doch zugleich verteidigt sich der Prinz damals wegen seines Eintretens für den antisemitischen Pfarrer Stöcker, den Bismarck mit einem seiner klassischen Epigramme in seinem Antwortbrief „doppelt gefährlich" nennt, denn „als Politiker ist er Pfaffe, und als Pfaffe ist er Politiker."

*

In einem weiteren Briefe kündigt der Prinz, ein Jahr vor dem Tode seiner beiden Ahnen, dem Kanzler einen Erlaß an seine, des Prinzen, „Kollegen" an, an die deutschen Fürsten, denen er im Augenblick seiner eigenen Thronbesteigung später auszudrücken wünsche, wie er sich mit ihnen beraten wolle, ehe er befehle; denn — so fügt Wilhelm an Bismarck hinzu — „pariert muß werden!" Diesen Erlaß wünscht Wilhelm versiegelt an sämtliche Vertretungen Preußens im Reiche zu schicken, damit er sofort bei der Thronbesteigung überall bekannt werde. Bismarck erwidert darauf: „Darf ich Eure Königliche Hoheit ergebenst bitten, den mir gütigst übersandten Entwurf unverzüglich den Flammen zu übergeben."

*

Der entscheidende Augenblick naht heran. Es ist im Januar und Februar 1890, einige Wochen vor der Entlassung, als Bismarck in einem neuen Konflikt mit seinem Herrn, in einer Szene im Berliner Schloß, die er anschaulich schildert, plötzlich die direkte Frage stellt: „Es scheint, ich bin Eurer Majestät im Wege?" Und er fährt fort: „Der Kaiser schwieg, bejahte also." Jetzt schlägt die Stimmung des Kanzlers um — und der alte Trotz, all jener Groll, die ganze Haßfähigkeit seines leidenschaftlichen Wesens wenden sich gegen den Bedrücker, um ihm nun gerade den Abschied möglichst schwer zu machen. Das Kapitel „Meine Entlassung" zeigt einen Mann, der nach allem, was er für den Staat geleistet hat, nicht still weggehen, sondern mit einem Krach zum Gehen gezwungen werden will. Bei mehreren Sitzungen, denen der Kaiser präsidiert, nimmt das gesamte Kabinett, teils durch Abstimmung, teils durch Schweigen, gegen den Kanzler für den Kaiser Partei, und als Bismarck nachher fragt: „Warum?", erwidert ihm einer: „Es muß etwas geschehen, was ihm gefällt!" Bismarck knüpft daran die boshafte Bemerkung, er freue sich, die Macht des Königs in Preußen so stark gefestigt zu finden, die 1862 (als er eintrat) so sehr erschüttert war.

*

Schließlich, um Mitte März, wird der Kaiser immer dringender und nimmt den bekannten letzten Besuch Windthorsts, des Zentrumführers, bei Bismarck zum Anlaß einer entscheidenden Szene. Er sagt sich auf neun Uhr morgens bei dem Kanzler an, doch so, daß der alte schlaflose Fürst um ½9 Uhr davon benachrichtigt wird. Als dies Bismarck hinter einer höfischen Floskel den Kaiser wissen läßt, sagt dieser kurz, der Bote sei schon gestern nachmittag abgegangen. Darauf tadelt er scharf Windthorsts Empfang durch den Fürsten. Dieser nimmt das Recht für sich in Anspruch, in seinem Hause Politiker von Distinktion empfangen zu dürfen. Der Kaiser erwidert: „Auch dann, wenn ich es Ihnen, als Ihr Souverän, verbiete?" Bismarck bejaht. Der Kaiser kommt auf den neuen Reichstag, auf die Sozialversicherung und andere Punkte zu sprechen, in denen er sämtlich, wie er voraus weiß, mit dem Fürsten divergiert, schließlich auf seinen Lieblingswunsch: seinen Besuch beim Zaren von Rußland bald zu wiederholen. Darauf hat Bismarck gewartet! Gelassen zieht er aus seiner Mappe ein Aktenstück hervor, und mit dem Blick darauf warnt er den Kaiser vor einem neuen Besuche: denn erst vor einigen Tagen sei ein Bericht des deutschen Botschafters in London, des Fürsten Hatzfeld, eingetroffen, der recht üble, abfällige Urteile des Zaren gegen den Kaiser verzeichnete, die ihm glaubwürdig übermittelt seien. Der Kaiser fragte nach den Einzelheiten. Bismarck weicht aus. Der Kaiser befiehlt ihm, den Bericht vorzulesen. Bismarck lehnt ab, so peinliche Dinge ihm selbst zu übermitteln, doch hält er noch immer den Bericht in den Händen, wie eine Lockung. Er hat sich nicht getäuscht: der Kaiser, jugendlich, neugierig, greift nach dem Berichte, nimmt ihn dem Kanzler aus der Hand und liest ihn selbst. Er wird blaß, unruhig, denn „es standen wirklich recht üble Dinge über ihn darin". Der Kaiser bricht das Gespräch ab „und reichte mir gegen seine Gewohnheit nur ganz oberflächlich die Hand, in der er den Helm hielt".

*

Bismarck, der seit 30 Jahren preußische Politik getrieben hat, bringt den ohnedies wütenden Herrn durch seinen Vortrag noch mehr in Wut. Hierzu tritt der bekannte Streit über die Frage, ob die Minister direkt oder nur auf dem Umwege über den Ministerpräsidenten mit dem Kaiser amtlich verkehren dürften. So erreicht er, was er will; die Geduld des ungeduldigen Herrn reißt entzwei, er fordert die Aufhebung jener alten Verordnung, d. h. der Kaiser fordert, daß Bismarck sich selbst aus der Macht setzen solle, indem er sie den Ministern einräumt. Bismarck weigert sich, stellt aber seinen Abschied zur Verfügung. An demselben Mittag schickt der Kaiser den Chef des Zivilkabinetts, um das angebotene Entlassungsgesuch holen zu lassen. Bismarck entwirft es, langsam und sehr bedächtig. Wilhelm schickt seinen Flügeladjutanten mit der Order: „er erwarte das Schriftstück bis 2 Uhr mittags."

Bismarck antwortete: „Ich bin jederzeit bereit, meinen schlichten Abschied sofort zu unterzeichnen." Zu einem Abschiedsgesuch, das seiner historischen Stellung entspräche, brauche er aber Zeit.

Jetzt folgt in dem Buche das berühmte Schriftstück, das schon am Tage nach Bismarcks Tode durch eine Indiskretion bekannt wurde. Es folgt die Verleihung des Herzogstitels und die Ablehnung desselben durch den Beschenkten.

Als Epilog folgt diesem Hauptteil des Werkes ein Kapitel: „Kaiser Wilhelm II." — Hier wird der Charakter des Kaisers aus den Eigenschaften seiner Vorfahren abgeleitet — doch so, daß deren Schwächen und Fehler als Quellen derselben Schwächen des Kaisers gleichsam entschuldigend aufgeführt werden, während von ihren Stärken und Tugenden bei dem Urenkel einfach nicht gesprochen wird. So geht es von der Prachtliebe Friedrichs II. über zu der Vorliebe Friedrich Wilhelms II. für „Lange Kerls", über die Ruhmsucht Friedrichs des Großen, über Romantik und Schwäche Friedrich Wilhelms IV. bis zur Eitelkeit und Verletzbarkeit Friedrichs III. — und diese Analyse wird nur an einer Stelle mit der Bemerkung unterbrochen: „Nur von einem seiner Ahnen scheint der Kaiser nichts geerbt zu haben, und das ist sein Großvater Wilhelm I." — worauf eine unbedingte Verherrlichung dieses Fürsten folgt.

Mit scharfer Kritik über den Vertrag, den Caprivi zum Austausch von Helgoland gegen Sansibar schloß, und mit noch schärferer wegen Nichterneuerung des russischen Vertrages, schließt das Buch.

Einer seiner letzten Sätze lautet: „Aus diesen Umständen sehe ich schwere Gefahren für Deutschland, doch auch für ganz Europa aufsteigen. Je später die Katastrophe eintreten wird, um so furchtbarer wird sie sein!"

Geheimbericht über die Skagerrak-Schlacht.

Überlegenheit der deutschen Artillerie.

Nunmehr veröffentlicht auch die deutsche Regierung den Geheimbericht des Admirals Scheer über die Schlacht am Skagerrak an den Kaiser. Der Admiral schilderte zunächst die verschiedenen in Betracht kommenden Möglichkeiten, um die Engländer zur Schlacht zu zwingen. Über die Anlage der Unternehmung sagt der Bericht Admiral Scheers: Der Befehlshaber der Aufklärungsflotte, Vizeadmiral Hipper, erhielt Befehl, mit der ersten und zweiten Aufklärungsgruppe, dem zweiten Führer der Torpedostreitkräfte auf „Regensburg", und der zweiten, sechsten und neunten Torpedoflottille am 31. Mai, 4 Uhr morgens, die Jade zu verlassen und aus Sicht von Hornsriff und der dänischen Küste nach dem Skagerrak vorzustoßen, sich noch vor Dunkelwerden an der norwegischen Küste zu zeigen, damit die Engländer die Kunde von dem Unternehmen erhielten, und während des Spätnachmittags und der folgenden Nacht vor und in dem Skagerrak Kreuzer- und Handelskrieg zu führen. Das Gros sollte um 4 Uhr 30 Minuten vormittags folgen, die Aufklärungsstreitkräfte während der Unternehmung decken und am Morgen des 1. Juni aufnehmen. Die ausliegenden U-Boote erhielten Funkspruch, daß am 31. Mai und 1. Juni mit dem Auslaufen feindlicher Streitkräfte zu rechnen sei. Das Marinekorps übernahm es bereitwilligst, in gleicher Weise die englischen Ausfallhäfen an den Hoofden zu blockieren. Der Bericht wendet sich nun der Schilderung des Verlaufs der Unternehmung zu. Die Darstellung gibt zunächst die Vorgänge bis zum Zusammentreffen mit dem Feind, erläutert sodann den ersten Gefechtsabschnitt, das Kreuzergefecht, und den zweiten Gefechtsabschnitt, die daran anschließende Verfolgung der feindlichen Schlachtkreuzer durch die deutschen Aufklärungsstreitkräfte. Das Kernstück des Berichtes, das naturgemäß den breitesten Raum einnimmt, ist

die Schilderung der Schlacht.

Im Verlauf des Kampfes, sagt Admiral Scheer in seinem Bericht, wurden unsere Panzerkreuzer zu so hartem Abdrehen gezwungen, daß ich mich genötigt sah, die Linie durch Kehrtwendung nach Steuerbord auf Westkurs umzulegen. Unmittelbar nach dem Umlegen der Linie verstummte das feindliche Feuer vorübergehend, zum Teil, weil der von den Torpedobooten zum Schutze der Linie entwickelte Rauch dem Gegner die Sicht benahm, hauptsächlich aber wohl wegen der empfindlichen Verluste, die der Feind erlitten hatte. An sicheren Verlusten (gesunken) wurden beobachtet: ein Schiff der „Queen Elizabeth"-Klasse (Namen unbekannt), ein Schlachtkreuzer („Invincible"), zwei Panzerkreuzer („Black Prince" und „Defence"), ein kleiner Kreuzer und zwei Zerstörer. Schwer beschädigt, zum Teil in Brand geschossen wurden: ein Panzerkreuzer („Warrior", später gesunken), drei kleine Kreuzer, drei Zerstörer. Auf deutscher Seite war nur „V. 48" gesunken. „Wiesbaden" manövrierunfähig und „Lützow" so schwer beschädigt, daß der Befehlshaber der Aufklärungsflotte sich gezwungen sah, das Schiff um 9 Uhr abends im feindlichen Feuer zu verlassen und auf „Moltke" umzusteigen. Auch die übrigen Panzerkreuzer und die Spitzenschiffe des dritten Geschwaders hatten gelitten, hielten aber ihren Platz in der Linie. Der Bericht fährt dann fort: Den Nachtmarsch anzutreten, war es noch zu früh. Der Feind hätte uns noch vor dem Dunkelwerden nach seinem Willen stellen, die Freiheit des Entschlusses nehmen und schließlich den Rückweg in die Deutsche Bucht verlegen können. Dem vorzubeugen gab es nur ein Mittel: dem Gegner durch einen

nochmaligen rücksichtslosen Vorstoß

einen zweiten Schlag zu versetzen und die Torpedoboote mit Gewalt zum Angriff zu bringen. Admiral Scheer geht nun im einzelnen auf die sich neu entwickelnde Aktion, vornehmlich den Angriff aller Torpedobootsflottillen, ein. Nachdem der Bericht sodann die Lage am 1. Juni morgens veranschaulicht hat, wägt er die beiderseitigen Verluste eingehend ab. Der Gegner verlor im ganzen 169 200 Tonnen. Wir haben verloren im ganzen 60 730 Tonnen. Die Verluste des Feindes sind fast durchweg Totalverluste, während wir die Besatzungen von „Lützow", „Elbing", „Rostock" und die Hälfte der Torpedobootsbesatzungen bergen konnten. In einer Schlußfolgerung faßte Admiral Scheer

die Lehren und Erfahrungen

der Skagerrakschlacht zusammen: Den Ausschlag hat unmittelbar und mittelbar die weittragende schwere Artillerie der Großkampfschiffe gegeben. Das Großkampfschiff — Linienschiff und Kreuzer — ist und bleibt deshalb der Grundpfeiler der Seemacht. — In einem zweiten Geheimbericht an den Kaiser werden Einzelangaben über die Gruppierung der englischen Streitkräfte, über das Verhalten des Gegners während der Nacht gegeben und Folgerungen aus dem Verhalten des Gegners während der Nacht gezogen, die nach Ansicht Admiral Scheers dazu berechtigten, starke Zweifel an der angeblichen Absicht Admirals Jellicoes, mit Tagesanbruch die deutsche Flotte erneut zur Schlacht zu stellen, zu hegen.

Verschärfte Haferzwangswirtschaft.

Neue Sicherungsverpflichtungen.

Der Reichsrat erteilte einer neuen Verordnung über die Verfütterung von Hafer seine Zustimmung. Der Berichterstatter führte aus, daß die den Landwirten auch im Rahmen der jetzigen Zwangswirtschaft gestattete unbegrenzte Verfütterung von Hafer sich nicht bewährt habe. Bis Ende November sind für den Bedarf der Reichsgetreidestelle nur 38 000 Tonnen geliefert worden, während etwas über eine Million Tonnen gebraucht werden. Der Ausschuß ist auch der Auffassung der Regierung darin beigetreten, daß eine Freigabe des Hafers keinesfalls in Aussicht genommen werden kann, da, abgesehen von den ungünstigen Erfahrungen im vorigen Jahre mit der Freigabe, jetzt mit einer Freigabe der Zwangswirtschaft von Brotgetreide und die Ernährung der Bevölkerung überhaupt aufs alleräußerste erschwert werden würde. Nach der neuen Verordnung soll nunmehr jedem Hafer bauenden Landwirt nach Maßgabe seiner Betriebsverhältnisse und Anbaufläche aufgegeben werden, eine bestimmte Menge Hafer zu liefern, um den Bedarf der Reichsgetreidestelle zu decken, der mindestens noch siebenmal 100 000 Tonnen beträgt. Die Freiheit des Landwirts in der Verfütterung von Hafer wird eingeschränkt um die Mengen, deren Lieferung dem Landwirt auf Grund besonderer Bestimmungen der Reichsgetreidestelle auferlegt werden solle. Durch besondere Strafen soll die Durchführung dieser Bestimmung gesichert werden, und die Exekutive wird, wie die Regierung erklärte, nachdrücklich eingreifen.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Streikdrohungen der Eisenbahner.) Der in Berlin zusammengetretene Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes erklärt, daß die geringe Aufbesserung der Kinderzulagen für die Beamten den Teuerungsverhältnissen keineswegs Rechnung trägt. Das gelte auch für die in Aussicht stehende Aufbesserung der Bezüge der Arbeiter. Der erweiterte Vorstand beauftragt den engeren Vorstand, alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, um eine entsprechende Erhöhung der Bezüge aller Lohn- und Gehaltsempfänger herbeizuführen. Sollte dies nicht gelingen, so soll der engere Vorstand mit den übrigen Faktoren in Verbindung treten und zu dem geeigneten Zeitpunkt den Streik erklären und durchführen. — Damit stellt sich der Deutsche Eisenbahnerverband auf den gleichen Standpunkt wie der Deutsche Beamtenbund.

Berlin. (Einigungsverhandlungen in der deutschen Holzindustrie.) Nach schwierigen Verhandlungen über die Erhöhung der Lohnsätze des Reichstarifvertrags vom 3. Februar 1920 wurde am 8. d. Mts. im Reichsarbeitsministerium auf Vorschlag des unparteiischen Vorsitzenden zwischen den Verhandlungskommissionen vereinbart, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 22 Jahre vom 13. Dezember 1920 ab auf die bestehenden Löhne eine Zulage von 10 %, diejenigen unter 22 Jahren eine solche von 5 % erhalten. Auf die bestehenden Akkordpreise findet diese Lohnerhöhung sinngemäße Anwendung. Die beiderseitigen Verhandlungskommissionen werden ihren Mitgliedern die Annahme dieses Vorschlages empfehlen, so daß damit gerechnet werden kann, daß der Wirtschaftsfriede in der deutschen Holzindustrie gewahrt werden wird.

Berlin. (Frieden in der Reichsgetreidestelle.) Unter den gewerblichen Angestellten der Reichsgetreidestelle hatte in den letzten Tagen eine Neigung zum Streik bestanden, da die Behörde den Forderungen der Angestellten auf Zahlung einer Weihnachtsgratifikation ablehnend gegenüberstand. Durch Verhandlungen, die im Reichsarbeitsministerium geführt wurden, konnte aber die Streikgefahr abgewandt werden. Der Schlichtungsausschuß bewilligte den Angestellten eine Weihnachtsgratifikation in Höhe von zwei Dritteln eines Gesamtmonatseinkommens abzüglich der Kinderzulage.

Hamburg. (Die Lohnbewegung auf den Schiffswerften.) Zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten zwischen den Werken der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller, Abteilung Seeschiffswerften, und der Arbeiterschaft dieser Werften hat der Schlichtungsausschuß in Hamburg einen Spruch gefällt, der für die gelernten, angelernten und ungelernten Arbeiter eine gleichmäßige Lohnerhöhung um 30 % vorsieht. Die Werften der Norddeutschen Gruppe haben dem Reichsarbeitsministerium erklärt, den Schiedsspruch nicht annehmen zu können. Die Werften erklären sich bereit, folgende Lohnsätze für Ortsklasse 1 zu zahlen: Stundenlohn für Gelernte 4,80, für Angelernte 4,70, für Ungelernte 4,50 Mark. Die Löhne für jugendliche Arbeiter unter 20 Jahren bleiben unverändert. Darüber hinaus ist die Norddeutsche Gruppe bereit, allen über 25 Jahre alten Arbeitern eine Zulage von 20 Pfennigen pro Stunde und ferner den besonders qualifizierten und den mit besonders anstrengenden Arbeiten beschäftigten Leuten Sonderzulagen von 10 bis 20 Pfennigen pro Stunde zu zahlen. Diese Sonderzulagen würden sofort nach Festlegung der für sie maßgebenden Sätze in Kraft treten.

Leipzig. (Metallarbeiterbewegung.) Am Sonntag fand im Volkshaus eine Betriebsrats- und Funktionärversammlung statt, in der einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, am Montag in 55 Großbetrieben der Leipziger Metallindustrie die Arbeit einzustellen. Von etwa 35 000 hiesigen Metallarbeitern werden rund 15 000 Mann von dem Streik betroffen.

Beuthen. (Arbeitsaufnahme der Eisenbahner.) Der Teilausstand der Eisenbahner im oberschlesischen Industriebezirk ist zusammengebrochen, wie amtlich mitgeteilt wird. Die Arbeit wird überall wieder aufgenommen. Die Regelung der Forderung auf eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe schwebt noch.

Rostock. (Metallarbeiterstreik.) **Hier sind die Metallarbeiter in den Ausstand getreten. Von dem Streik wird voraussichtlich die ganze mecklenburgische Metallindustrie betroffen werden. In Wismar sind die Metallarbeiter schon seit einiger Zeit im Ausstand, auch in Güstrow streiken sie an einigen Stellen.**

M.-Gladbach. (Arbeitsniederlegung in der Textilindustrie.) **25 000 Arbeiter der Textilindustrie des M.-Gladbacher Bezirks haben die Arbeit niedergelegt. Ihre Lohnforderungen waren bewilligt worden, die Einführung der 46stündigen Arbeitswoche jedoch nicht.**

Mainz. (Stillegung der Opelwerke.) Die Opelwerke in Rüsselsheim haben bis auf weiteres ihren Betrieb stillgelegt. Maueranschläge in den Fabriken teilen mit, daß die Entlassung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen erfolge, da die von den Arbeitern geforderte wirtschaftliche Beihilfe von 1000 Mark nicht bewilligt werden könne, die für etwa 4000 Arbeiter und Angestellte in Frage kommen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung ist Gendarmerie bereitgestellt worden.

Zwickau. (Bergarbeiterausstand.) Der im Zwickauer Steinkohlenrevier ausgebrochene Bergarbeiterstreik ist so gut wie allgemein; nur auf einem Schacht der Bürgergewerkschaft wird noch gearbeitet. Auch im Lugau—Ölsnitzer Revier sind die Bergarbeiter fast vollzählig in den Ausstand getreten. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. **Durch den Streik werden die industriellen Betriebe bis in das Vogtland hinein in Mitleidenschaft gezogen, da sie vom Elektrizitätswerk Ölsnitz keine Kraft erhalten können. In Kallenstein können die Zeitungen nicht erscheinen.**

Zwickau. (55 000 Bergarbeiter ausständig.) Der Bergarbeiterausstand dauert fort. In Sachsen sind über 35 000 Bergarbeiter ausständig. Der bergbauliche Verein erklärt, keine weiteren Zugeständnisse machen zu können.

Prag. (Der böhmische Generalstreik.) Auch in Komotau ist der Generalstreik ausgebrochen. Auch nach Gablonz und Saaz ist von Komotau aus die Weisung gegeben worden, in den allgemeinen Ausstand zu treten. Ferner ist an den Proletariat in Teplitz die Aufforderung gerichtet worden, für den Ausstand Propaganda zu machen. Nach einer Blättermeldung haben die Kommunisten in Eidowitz die Zuckerfabrik Schoeller beschlagnahmt. In Reichenberg hat eine Massenversammlung der Arbeiterschaft den Generalstreik für den ganzen Reichenberger Bezirk beschlossen und die sofortige Errichtung von Betriebsräten gefordert.

Vermischtes.

Aufgeklärte Millionendiebstähle. In Hamburg waren in der letzten Zeit außerordentlich große Diebstähle auf den Schiffen im Hafen und auch gewaltige Beraubungen von Gütern auf der Eisenbahn vorgekommen. Die Diebstähle nahmen einen derartigen Umfang an, daß mehrere fremdländische Reedereien erklärten, sie würden den Hamburger Hafen nicht mehr anlaufen, und daß viele Firmen im Auslande Hamburger Speditionsfirmen aufforderten, die Verladung einzustellen. Die Schäden gingen in die Millionen. Jetzt ist es der Hamburger Kriminalpolizei und der Untersuchungsstelle beim Eisenbahnverkehrsamt Hamburg gelungen, die Mehrzahl der Täter zu ermitteln. Es handelt sich um eine vielköpfige Räuberbande, die sich aus Kaufleuten und Kutschern zusammensetzte. Diese haben die wertvollen Güter zumeist auf dem Wege von dem Eisenbahnschuppen nach dem Güterschuppen in einem eigens dafür hergerichteten Lager ausgeraubt und die Kisten verkauft oder den Inhalt durch wertloses Zeug ersetzt.

Eine reiche Gabe. Geheimer Kommerzienrat Dr.-Ing. Karl Hentschel, der Inhaber der Lokomotivfirma Henschel u. Sohn, schenkte der Stadt Kassel 870 000 Mark zum Bau eines Wöchnerinnen- und Entbindungsheimes.

Der verkannte Bahnhofsportier. In einem Londoner Blatte liest man: Als Lloyd George im Sommer dieses Jahres auf der Rückreise aus der Schweiz nach England das Waadtland passierte, war auf der Grenzstation auch ein Mitglied des Bundesrats erschienen, das den amtlichen Auftrag hatte, dem englischen Premierminister den Abschiedsgruß der Schweiz zu überbringen. Als der Zug hielt, stieg Lloyd George aus und schritt an den verblüfften Bundesrat vorbei auf den sich tief verneigenden Bahnhofsportier zu, dem er dann im Namen Englands seinen Dank für die Gastfreundschaft, die er in der Schweiz genossen hatte, in wohlgesetzter Rede aussprach. Ohne sich durch die gestotterten „ja, ja" des ratlosen Portiers stören zu lassen, schüttelte ihm Lloyd George zum Abschied energisch die Hand, um dann wieder in seinen Wagen zu steigen, ohne den Vertreter des Bundesrats eines Wortes zu würdigen. Im Augenblick, als sich der Zug in Bewegung setzen wollte, ließ er eiligst das Fenster seines Abteils herab und reichte dem verdutzten Bundesratsvertreter die Hand, deren beredter Druck den Dank und die Entschuldigung für das Mißverständnis aussprechen sollte. „Die englischen Bürgermeister", so erklärte, während sich der Zug schon in Bewegung setzte, der Premierminister, zur Entschuldigung des Mißverständnisses, „pflegen bei großen Empfängen eine Uniform anzulegen, die der Ihres Bahnhofsportiers zum Verwechseln ähnlich sieht."

Eine Statistik der amerikanischen Präsidenten. Nach einem in amerikanischen Blättern veröffentlichten Rückblick auf die Geschichte der amerikanischen Präsidenten waren von den 27 bisherigen Präsidenten der Vereinigten Staaten 15 englischer, 6 schottisch-irischer, 3 rein schottischer, 2 holländischer und eine wallisischer Abkunft. Dem Berufsleben nach sind 14 aus der Justiz hervorgegangen, 5 waren Lehrer und 3 Berufssoldaten. Fillmore und Johnson waren ursprünglich Schneider, Roosevelt war Beamter und Abraham Lincoln ein ländlicher Tagelöhner. Daß die Mehrzahl der amerikanischen Präsidenten ihre Kindheit auf Farmen und Pflanzungen verbrachten, ergibt sich aus der Tatsache, daß von ihren Vätern 6 Pflanzer und 9 Farmer waren. Von den Vätern der anderen 12 waren 3 Geistliche, 3 Kaufleute, 2 Juristen, 1 Staatsmann, 1 Eisenhändler, 1 Küster und 1 Gerber. 6 Präsidenten waren Witwer. James Buchanan war unter den Präsidenten der einzige Junggeselle, während Präsident Wilson der einzige ist, der zweimal verheiratet war. William Harrison hatte die größte Familie, nämlich 6 Söhne und 4 Töchter. Ihm am nächsten kam, hinsichtlich der Kinderzahl, Hayes mit 7 Söhnen und eine Tochter. Die Gesamtzahl der Kinder der 27 Präsidenten beträgt 60 Söhne und 45 Töchter. Kinderlos waren nur 6 Präsidenten.

Erdgasquellen in Niederbayern. Nicht nur Hamburg hat in Neuengamme seine Erdgasquelle; gleichartige unterirdische Naturschätze gibt es auch, was freilich nur wenig bekannt ist, in Niederbayern. Es sind kleine „Gaswerke", die die glücklichen Besitzer nichts weiter kosten als die Anlage eines kleinen Brunnenschachtes und eines Gasometers. Alles übrige besorgt die Natur; sie liefert an manchen Orten die Gasbeleuchtung und das Heizgas für ganze Bauerngehöfte, oft über dreißig Flammen. Es ist nur ein verhältnismäßig kleiner Teil Bayerns, der Zwickel zwischen Inn und Donau, von Neuötting und Deggendorf bis Passau, dem die geologischen Verhältnisse diese Gaslieferung geschenkt haben. An der Donau sind nur drei Gasbrunnen vorhanden: Rittsteig, Künzing und Falnbach. Diese Gasbehälter hat die Natur etwa 200 bis 300 Meter unter der Erdoberfläche in marinem Miozän mit schiefrigen Mergeln eingerichtet. Das Gas wird in Röhren zunächst in einen Brunnenschacht geleitet, in dem sich ein Hahn zum Abstellen der Zuleitung befindet, von hier aus gelangt es in einen Gasometer. Die Besitzer solcher Gasbrunnen haben billiges Gas in hinreichender Menge.

Warnung vor der Auswanderung nach Kolumbien. Aus deutschen Kreisen in Kolumbien wird geschrieben: Seit einiger Zeit kommen hier zahlreiche deutsche Auswanderer aus allen Ständen an, die in Kolumbien eine Stelle suchen. Die meisten wollen sich irgendwo ansiedeln, haben aber kein Geld, sich Land zu kaufen und eine Reise ins Innere zu machen, um Ansiedlungsplätze zu suchen. Die ganze Lage im Lande ist aber augenblicklich so schlecht, daß nur wenige Angestellte benötigt werden. Unsinnigerweise wurde in Deutschland sehr viel Propaganda für die Auswanderung nach Kolumbien gemacht. Vor kurzem haben hier die deutschen Firmen gesammelt für Deutsche, die hier keine Arbeit finden konnten, um die mittellosen Auswanderer nach Deutschland zurückzuschicken.

Woran erkennt man falsche Fünfzigmarknoten? Zu dem Vorkommen der falschen Fünfzig-Mark-Scheine teilt die Reichsbank mit, daß das Komma in der Nummer rechts unten kein Kennzeichen einer Fälschung ist. Die echten Noten der Reihe 1 und 4 (links obere Ecke) haben kein Komma, diejenigen der Reihe 2 und 3 haben es. Die hauptsächlichsten Merkmale der Fälschungen sind: 1. Das Papier ist lappig, brüchig, dick, gefärbt, um dem Falschstück ein gebrauchtes Aussehen zu geben. 2. Der weibliche Idealkopf erscheint alt, unrein, stark beschattet, oft entstellt, mit mürrischen groben Zügen, schielenden Augen, starrem Blick. 3. Einzelne Sterne fehlen, an Stelle der Sterne stehen unförmige weiße Flecke. 4. Die ganze Zeichnung der Note ist unklar, verwischt, ungenau, an Stelle der Grundmuster treten willkürlich gewählte zeichnerische Unterlagen. 5. Der braune Rand ist nicht scharf gezahnt, weiß, dick, die Wellen verlaufen ungleichmäßig. 6. Die Faserstreifen, welche bei den echten Noten aus braunen, in das Papier eingewirkten Fasern bestehen und das Bild der Rückseite von oben nach unten durchziehen, fehlen, oder sie sind nur vorgetäuscht durch braune Striche oder aufgeklebte Fasern oder Haare. 7. Der Strafdruck (Rückseite) zeigt unklare verwischte Schrift. Man präge sich das Bild der echten Note ein!

Auskunftei.

Das Gelbe Fieber (das jetzt wieder in San Salvador epidemisch auftritt) ist eine sehr gefährliche und oft schnell tödliche Krankheit heißer Länder, die ihren Namen von der gelben Farbe hat, die (ähnlich wie bei der Gelbsucht) die Haut der davon Befallenen annimmt. Die Orte, an denen das Gelbe Fieber gewöhnlich auftritt, sind Westindien und die Küstenländer des mittleren Amerikas; es sucht aber oft auch die Küsten Nordamerikas, Spaniens und einige Hafenplätze Italiens heim. Der Ausbruch von Gelbfieberepidemien hängt in auffallender Weise von der Temperatur ab; die meisten Epidemien treten in den heißen Sommermonaten auf und pflegen beim Eintreten kühler Witterung wieder zu erlöschen.

Nach Adam Riese. Dieser Ausdruck, der schon seit Mitte des 16. Jahrhunderts als sprichwörtliche Bekräftigung für die Richtigkeit einfacher Rechenaufgaben dient, geht zurück auf den Bergbeamten und Rechenmeister Adam Ries (richtiger als Riese), der 1559 zu Annaberg im sächsischen Erzgebirge gestorben ist. Ries verfaßte die ersten methodischen Anweisungen zur praktischen Rechenkunst in Deutschland („Rechnung auff der Linihen", „Ein gerechent Büchlein, auff dem Schöffel, Eimer vnd Pfundgewicht" u. a.). In Annaberg wurde ihm ein Denkmal errichtet.

Das beste Geschenk für Weihnachten ist eine
Brille, Kneifer oder Lorgnette in Silber-Doublé.
Optiker Garai, Breslau, Albrechtsstraße 4.

Kriminalromane der Wirklichkeit. Von Dr. phil. Pfeiffer. Rekordverlag, Breslau 10.

Kriminalromane gehören seit langer Zeit zu der Lieblingslektüre aller Stände. Auch Bismarck las, wie bekannt, sehr gern solche Geschichten. Obige Sammlung bringt aber etwas ganz Neues, was bisher noch niemals geboten wurde, nämlich Kriminalfälle aus der Geschichte aller Zeiten und Völker in wahrheitsgetreuer Darstellung. Der vorliegende Band 1 schildert die abenteuerlichen Begebenheiten aus dem Leben eines vielfach bestraften Verbrechers, der es immer verstand, sich der strafenden Gerechtigkeit zu entziehen. Das Schicksal des unschuldig in einen grauenerregenden Raubmord verstrickten Lesurques, der als Justizopfer auf dem Schaffot fiel, die Flucht und Verfolgung des eigentlichen Verbrechers, seine Gefangenschaft im Bagno und sein Kampf mit einem schlauen Detektiv hält den Leser bis zur letzten Seite im Banne.

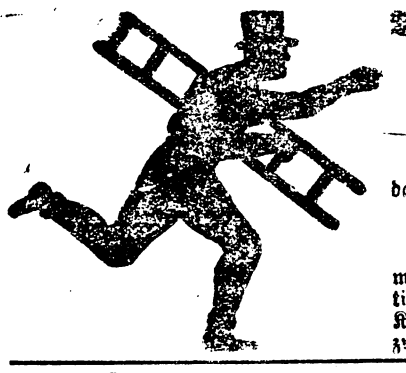
Die Kunst des Sprechens und des Vortrags von Demetrius Schrutz. 260 Seiten. Preis vornehm gebunden M. 14 50 (einschl. aller Zuschläge). Max Hesses Verlag, Berlin W. 15.

Ein Buch von der Sprache als Kunst, und sagen wir es gleich, ein Buch, dem man auf Schritt und Tritt anmerkt, daß es aus der Praxis hervorgegangen ist. Nach einem ausführlichen Kapitel über richtige Atmung und Atemgymnastik wird zur Bildung der einzelnen Laute übergegangen und an zahlreichen Beispielen gezeigt, was richtig und falsch ist. Sprechübungen und Merkworte zur Erreichung eines klangreichen, ausdauernden Organs schließen diesen Abschnitt. Von ganz besonderem Interesse sind die Ausführungen über den kunstgemäßen Vortrag. Hier tun wir einen Blick in die Werkstatt des Schauspielers, des großen Redners, lernen die Mittel und das Geheimnis seiner Redegewalt kennen und nachahmen. Sodann folgt eine ganze Reihe von Musterbeispielen für Deklamationen aus der deutschen Literatur von Goethe bis Liliencron zu den Modernen. An diesen praktischen Beispielen zeigt sich dann, welch großartige Wirkung durch richtige Anwendung der in den vorigen Kapiteln gegebenen Ratschläge erzielt werden kann. Mit ausführlicher Erörterung über die heute so im Vordergrund stehende freie Rede und praktische Winke für die Technik derselben schließt das interessante Buch, das infolge seiner gediegenen Ausstattung — den Einband schmückt ein Ausschnitt aus Prof. Kampfs berühmtem Berliner Universitätsbild — auch als Geschenkwerk wärmstens empfohlen werden kann.

Drei ausgezeichnete Weihnachtsspiele
sind in Heinrich Handels Verlag, Breslau 8, Klosterstraße 30/32, soeben erschienen. Sie führen die Titel „Hänsel und Gretels Weihnachten", „Schneewittchens Weihnachten bei den Zwergen" und „Goldmarie und Pechmarie" und eignen sich vortrefflich für Schule und Haus, aber auch für kleinere Vereine. Umständliche, kostspielige Vorbereitungen sind für die Aufführung nicht notwendig; sie kann unter ganz einfachen, bescheidenen Verhältnissen vor sich gehen. Zweifellos werden die gerade zur rechten Zeit herausgekommenen Weihnachtsspiele vielen hochwillkommen sein und große Freude machen.

Die **Singer** Nähmaschine
ist das nützlichste Weihnachtsgeschenk!
Erleichterte Zahlungsbedingungen.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Breslau, Albrechtstr. 30 u. Schweidnitzerstr. 43 b.

Liköre, Rum, Kognak, Rotwein, Ungarwein, Rheinwein, Moselwein
empfiehlt
Hermann Schneider,
Auras, Likörfabrik.
Wein-, Kognak-, Rum-, Zigarrenlager.
Monopol-Branntwein-Verkaufsstelle.
Freigeldbetrieb Nr. 1.


Das ist ja der Unterschied,
daß Dr. Gentner's Schuhputz
Nigrin
mit Banderole nur reines Terpentinöl enthält, während billigerem Krem Wasser oder Ersatzstoffe zugesetzt sind.

Orthopädische Korsetts
Bruchbänder : Leibbinden
Gummistrümpfe : Plattfußeinlagen
Künstliche Glieder
bester Konstruktion, garantiert guter Sitz
Joh. Rein, Bandagist, Breslau I
Schmiedebrücke 17/18. Fernspr. Ring 8938. Gegr. 1889.

Unseren Lesern empfehlen wir den in unserem Verlage erschienenen
Profit-Neujahr-Kalender pro 1921.
Derselbe ist zum Preise von **1,50 M.** bei unseren Kolporteuren zu haben. Nach Orten, wo sich solche nicht befinden, liefern wir den Kalender frei ins Haus gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken.
Maretzke & Märtin, Trebnitz i. Schles.

Lotterie- und Geselligkeits-Verein Stadt Auras
veranstaltet am **Freitag, den 31. Dezember** (Silvester 1920),
einen großen
Lumpenball.
Prämiierung der 3 originellsten Lumpen.
Verlosung.
Pfannkuchen · Polonäse. Scherzartikel.
Verkündung des neuen Jahres durch den Nachtwächter.
Anfang 8 Uhr.

Sinalco-Heisstrank
seit Jahren erprobt und von Millionen anerkannt als ein vorzügliches, preiswertes alkoholfreies
Warmgetränk.
Auf Name und Etikett ist besonders zu achten.

Bettnässen
Befreiung garant. sof. Alter u. Geschl. angeb. Ausk. umsonst Versandhaus Wohlfahrt, München, P 19 Winthirstr. 33.

Ueberall zu haben!

Ideal. Büste der Welt, schöne, volle Körperformen, erhalt. Damen durch echtes Nährpulver Arwua in kurzer Zeit. Wirkung i. staunenswert. Garantieschein. Kart. 5,75 M., 3 Kart. 15 M. Margonal Comp. 176, Berlin SW. 29.

Viele verm. Damen w. sich bald glückl. zu verh. Herren, w. a. ohne Verm., erh. sof. Ausk. d. „Union", **Berlin, Postamt 25.**

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 15. Dezember 1920 Der Auftrieb betrug: 793 Rinder (126 Ochsen, 200 Bullen, 467 Kalben und Kühe), 363 Kälber, 142 Schafe, 638 Schweine. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht:

	15. Dez	8. Dez.
Rinder. Ochsen: vollfleischige, ausgemästete	750—850	700—800
vollfleischige, ausgemästete 4—7 Jahre	650—750	600—700
junge, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete	590—650	400—600
mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	bis 400
Bullen: vollfleischige ausgewachsene	750—850	700—810
vollfleischige jüngere	650—750	600—700
mäßig genährte junge und gut genährte ältere	600—650	bis 600
Kalben und Kühe: vollfleischige, ausgemästete	700—820	700—800
vollfleischige, ausgemästete Kühe bis 7 Jahre	700—800	600—760
ältere ausgemästete, wenig entwickelte jüngere	600—700	500—600
mäßig genährte Kühe und Kalben	500—600	400—500
gering genährte Kühe und Kalben	450—500	bis 500
Gering genährtes Jungvieh (Fresser):	—	—
Kälber. Doppellender feinster Mast	—	—
feinste Mastkälber	—	—
mittlere Mast- und beste Saugkälber	900—1000	900—1000
geringere Mast- und gute Saugkälber	800—900	800—900
geringe Saugkälber	700—800	bis 750
Schafe. Mastlämmer und jüngere Masthammel	750—810	750—840
ältere Masthammel, geringere Mastlämmer	650—750	650—750
mäßig genährte Hammel und Schafe	500—650	bis 650
Weidemastschafe: Mastlämmer	—	—
geringere Lämmer und Schafe	—	—
Schweine. Fettschweine über 150 kg Lebendgew.	—	—
vollfleischige über 120—150 kg Lebendgewicht	1600—1750	1600—1700
vollfleischige über 100—120 kg Lebendgewicht	1500—1600	1450—1600
vollfleischige über 80—100 kg Lebendgewicht	1400—1500	1250—1450
vollfleischige bis 80 kg Lebendgewicht	1250—1400	bis 1300
Sauen und geschnittene Eber	1000—1250	—

Breslauer Produktenmarkt vom 15. Dezember.

Angebot ausreichend, Kauflust schwach, Preise rückgängig.

Getreidepreise: Weizen 154 M., Roggen 140 M., Hafer 135 M., Gerste 135 M. Alles für 100 kg. — Festsetzung der städtischen Marktnotierungs-Kommission: Heu 66—70 M., Langstroh 48—52 M., Preßstroh 44—46 M., Krummstroh 38—42 M. Alles für 100 kg. — Nichtamtliche Preise: Viktoriaerbsen matt, 250—270 M., gelbe und grüne Erbsen matt, 210—225 M., Futtererbsen matt, 130—140 M., Speisebohnen nur billigere verkäuflich, 230—260 M., Pferdebohnen ruhig, 150—155 M., Peluschken ruhig 145—150 M., Wicken matt, 130—140 M., Lupinen ruhig, feine gelbe 85—90 M., feine blaue 60—70 M., Futterlupinen 45—50—60 M., Hirse, schlesische, bei ausreichendem Angebot ruhig, 145 bis 150 M., feinster darüber, Mais für Brennereien greifbare Ware fehlend, La Plata, im Dezember in Hamburg ankommend, 190 bis 195 M., Jugoslawischer fehlend. Klee und Grassaaten geschäftslos. Inkarnatklee ruhig, Serradella alter Ernte ausreichend angeboten und wenig beachtet, 70—80 M., neuer Ernte 90—110 M., Raps schwache Kauflust, je nach Trockenheitsgrad, 350—375 M., Leinsamen bei genügendem Angebot schwer verkäuflich, 360—375 M., feinster darüber, Senf ruhig, 210—250 M., Mohn nur billiger verkäuflich, für feine Saat 600—630 M. Alles für 50 kg.

Ware.	Militsch, 8. 12.		Neisse, 11. 12.		Patschkau, 9. 12.	
100 Kilo Weizen	154,—	—	154,—	—	154,—	—
100 „ Roggen	140,—	—	140,—	—	140,—	—
100 „ Gerste	135,—	—	135,—	—	135,—	—
100 „ Hafer	135,—	—	135,—	—	135,—	—
100 „ Erbsen	—	—	—	—	—	—
100 „ Kartoffeln	50,—	—	64,—	—	60,—	50,—
100 „ Stroh	57,—	50,—	52,—	40,—	40,—	38,—
100 „ Heu	76,—	68,—	92,—	80,—	48,—	44,—
1 „ Butter	25,40	—	—	—	25,60	23,20
1 Mandel Eier	—	—	31,50	—	30,—	28,50

Druck und Verlag: Maretzke & Märtin, Trebnitz i. Schl. — Für den Inhalt verantwortlich: Felix Maretzke, Trebnitz.